



YOUR MAIL IS OUR BUSINESS

Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2010
und Lagebericht

Francotyp-Postalia Holding AG
Birkenwerder

Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder

Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	51	65
II. Sachanlagen Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11	4
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	9.666	9.666
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	21.123	21.123
	30.789	30.789
	30.851	30.858
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	21.689	13.722
2. Sonstige Vermögensgegenstände	106	0
	21.795	13.722
II. Wertpapiere Eigene Anteile	0	600
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2	3
	21.797	14.325
C. Rechnungsabgrenzungsposten	15	22
D. Aktive latente Steuern	7.911	0
	60.574	45.205



		Passiva	
		31.12.2010	31.12.2009
		TEUR	TEUR
A. Eigenkapital			
I. Ausgegebenes Kapital (i.Vj. Gezeichnetes Kapital)			
1.	Gezeichnetes Kapital	14.700	14.700
2.	Nennbetrag der eigenen Anteile	-370	0
		14.330	14.700
II. Kapitalrücklage		48.600	48.600
III. Gewinnrücklagen			
1.	Rücklage für eigene Anteile	0	600
2.	Andere Gewinnrücklagen	9.148	0
		9.148	600
IV. Bilanzverlust		-14.470	-22.591
		57.608	41.309
B. Rückstellungen			
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	338	296
2.	Steuerrückstellungen	696	250
3.	Sonstige Rückstellungen	656	1.247
		1.690	1.793
C. Verbindlichkeiten			
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	252	439
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	203	1.254
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	374	410
	--davon aus Steuern TEUR 373 (i. Vj. TEUR 410)--		
		829	2.103
D. Passive latente Steuern		447	0
		60.574	45.205



**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010**

	1. Januar bis 31. Dezember 2010		1. Januar bis 31. Dezember 2009	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		1.073		851
2. Sonstige betriebliche Erträge		407		338
3. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	1.346		1.187	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung --davon für Altersversorgung TEUR 5 (i. Vj. TEUR 16)--	235	1.581	237	1.424
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		29		4
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.586		1.942
6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		10.795		7.975
7. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens --davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 1.267 (i. Vj. TEUR 1.267)--		1.267		1.267
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0		58
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0		17.853
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon an verbundene Unternehmen TEUR 366 (i. Vj. TEUR 217)--		478		241
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		9.868		-10.975
12. Außerordentliche Erträge		1		0
13. Außerordentliche Aufwendungen		19		0
14. Außerordentliches Ergebnis		-18		0
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag --davon aus Veränderung bilanzierter latenter Steuern TEUR 1.312 (i. Vj. TEUR 0)--		1.728		226
16. Sonstige Steuern		1		0
17. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		8.121		-11.201
18. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-22.591		-11.105
19. Einstellung in die Rücklage für eigene Anteile		0		-285
20. Bilanzverlust		-14.470		-22.591



Anhang der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, für das Geschäftsjahr 2010

I. Allgemeine Angaben

Die Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder (nachfolgend auch „FP Holding“ oder „Gesellschaft“ genannt), ist die Obergesellschaft des Francotyp-Postalia-Konzerns (nachfolgend auch „Francotyp-Postalia“). Sitz der Gesellschaft ist 16547 Birkenwerder, Triftweg 21-26.

Die FP Holding ist im Handelsregister des Amtsgerichts Neuruppin unter HRB 7649 eingetragen. Die Geschäftsjahre entsprechen den jeweiligen Kalenderjahren.

Francotyp-Postalia ist ein international tätiges Unternehmen im Bereich der Postausgangsverarbeitung mit einer über achtzigjährigen Firmengeschichte. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in dem traditionellen Produktgeschäft, welches aus der Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb von insbesondere Frankiermaschinen aber auch Kuvertiermaschinen und dem After-Sales-Geschäft besteht. Durch ihre im November 2006 erworbene Tochtergesellschaft freesort GmbH, Langenfeld, (freesort) und ihre ebenfalls im November 2006 erworbene Mehrheitsbeteiligung an der internet access GmbH lilibit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik, Berlin, (iab) bietet die Francotyp-Postalia-Gruppe ihren Kunden zudem in Deutschland auch Sortier- und Konsolidierungsdienstleistungen und Hybrid-Mail-Produkte an.

Seit dem 30. November 2006 sind sämtliche Aktien der FP Holding AG zum amtlichen Markt zugelassen. Gleichzeitig erfolgte die Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungspflichtigen (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse, wobei die Aktien an der Frankfurter Börse mit der Wertpapierkennnummer FPH900 gehandelt werden.

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB unter Berücksichtigung der Sondervorschriften für Kapitalgesellschaften (§§ 264 ff. HGB) sowie der ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Die Vorschriften zum Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz - BilMoG) wurden im Geschäftsjahr 2010 in ihrer Gesamtheit erstmalig angewendet. Die Vergleichbarkeit des Jahresabschlusses mit den Vorjahreszahlen ist eingeschränkt, da selbige nicht angepasst wurden (Artikel 67 Absatz 8 Satz 2 Halbsatz 1 EGHGB).

Der Jahresabschluss ist in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden – soweit nicht anders dargestellt – zum Zweck der Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit grundsätzlich in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Durch die kaufmännische Rundung von Einzelpositionen und Prozentangaben kann es zu geringfügigen Rechendifferenzen kommen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die **immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** sowie die **Sachanlagen** werden grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten. Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Vom Wahlrecht, Entwicklungskosten nach § 248 Abs. 2 HGB zu aktivieren, wird kein Gebrauch gemacht.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind zu Anschaffungskosten, die **Ausleihungen, Forderungen** sowie die **sonstigen Vermögensgegenstände** jeweils zum Nennwert bilanziert. Die Vermögensgegenstände werden regelmäßigen Werthaltigkeitstests unterzogen. Ist den Gegenständen des Anlagevermögens am Bilanzstichtag ein voraussichtlich dauerhaft niedrigerer Wert beizulegen, werden in Höhe der Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Für die Berechnung der beizulegenden Zeitwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen bedarf es der Schätzung künftiger Cashflows der jeweiligen Tochtergesellschaft sowie eines geeigneten Abzinsungssatzes für die Barwertberechnung.

Als **Rechnungsabgrenzungsposten** werden auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen und auf der Passivseite Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, soweit diese Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die **eigenen Anteile** werden als Abzugsposten vom Gezeichneten Kapital abgebildet. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag oder dem rechnerischen Wert und den Anschaffungskosten wird mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet. Weitere Aufwendungen des Erwerbs, die Anschaffungsnebenkosten sind, werden als Aufwand des Geschäftsjahres behandelt.

Die **Rückstellungen für Pensionen** wurden mit dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Wert auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck nach der Projected Unit Credit Method, unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes gemäß § 253 Absatz 2 HGB, gebildet und mit gegebenenfalls vorhandenem Planvermögen verrechnet. Aktuell wird ein Rechnungszinsfuß in Höhe von 5,15% verwendet. Durchschnittlich erwartete jährliche Lohn- und Rentensteigerungen wurden mit 3% bzw. 2% berücksichtigt. Der Unterschiedsbetrag aus der Neubewertung aufgrund der Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes wird bis zum 31.12.2024 mit mindestens $\frac{1}{15}$ -tel angesammelt.

Bei **mittelbaren Pensionszusagen** wird vom dem Wahlrecht des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und keine Pensionsrückstellung erfasst. Ein etwaiger Fehlbetrag, welcher sich als Differenz der Rückstellung und dem Vermögen der Versorgungseinrichtung ergibt, wird im Anhang angegeben.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Sie werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst gebildet und mit gegebenenfalls vorhandenem Planvermögen verrechnet.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** sind in Höhe ihrer Erfüllungsbeträge bewertet.

Als **latente Steuern** werden Steuerbe- und Steuerentlastungen in der Bilanz angesetzt, die sich aus Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen sowie aus Verlustvorträgen ergeben und die sich in den nächsten fünf Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Das Wahlrecht zur Aktivierung eines Überhangs aktiver latenter Steuerforderungen über passive latente Verbindlichkeiten wurde im Jahr 2010 erstmalig ausgeübt. Sich ergebende Steuerbe- und -entlastungen werden unverrechnet angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der in der Bilanz genannten Anlagenposten im Geschäftsjahr 2010 ist aus dem als Anlage 1 beigefügten Anlagengitter ersichtlich.

Unter den Finanzanlagen werden Anteile an der Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder, (FP GmbH), der internet access GmbH Iilibit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik, Berlin, (kurz „iab“) der iab-Verwaltungs- und Vertriebs GmbH (kurz „iabv“), der freesort GmbH (kurz „freesort“), der FP InovoLabs GmbH sowie der FP Systems India Private Limited ausgewiesen.

Die FP Holding hält 51,01% der Anteile an der iab sowie 36,99% der Anteile an der iabv mit Sitz jeweils in Berlin; die verbleibenden rund 63,01% an der iabv werden unmittelbar von der iab gehalten. Außerdem steht der Gesellschaft ein langfristiges Vorkaufsrecht für die übrigen rund 48,99% der Anteile an der iab bis zum 31. Dezember 2017 zu.

Die FP Holding hält 0,01% der Anteile an der im September 2010 gegründeten FP Systems India Private Limited unmittelbar, die verbleibenden 99,99% der Anteile werden unmittelbar von der FP GmbH gehalten.

Der Anteilsbesitz verteilt sich wie folgt:

Pos. Nr.	Gesellschaft	Währung	Anteil am Kapital in %	Ergebnis 2010	Eigenkapital	Anteilseigner (Lfd.Nr.)
1	Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland					
	<u>Aufstellung des Anteilsbesitzes</u>					
2	Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	1.005	1
3	freesort GmbH, Langenfeld, Deutschland	TEUR	100	48	-4.513	1
4	internet access GmbH lilibit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik, Berlin, Deutschland	TEUR	51,01	156	1.734	1
5	iab-Verwaltungs- und Vertriebs GmbH, Berlin, Deutschland	TEUR	100	0	0	1 und 4
6	FP Direkt Vertriebs GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	26	2
7	Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	11.187	2
8	Francotyp-Postalia International GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	6.510	2
9	Francotyp-Postalia N.V. Zaventem, Belgien	TEUR	99,97	29	917	2
10	Francotyp-Postalia GmbH, Wien, Österreich	TEUR	100	174	943	2
11	Ruys Handelsvereinigung BV, Den Haag, Niederlande	TEUR	100	696	502	8
12	Italiana Audion s.r.l., Mailand, Italien	TEUR	100	-135	384	8
13	Francotyp-Postalia Ltd., Dartford, Großbritannien	TGBP	100	377	1.899	8
14	Francotyp-Postalia Inc., Lisle, Illinois, USA	TUSD	100	4.318	23.833	2
15	Francotyp-Postalia Canada Inc., Markham, Kanada	TCAD	100	-181	-3.532	14
16	Francotyp-Postalia Unterstützungseinrichtung GmbH, Berlin, Deutschland	TEUR	100	0	4.441	2
17	Francotyp-Postalia Asia Pte. Ltd., Singapur, Singapur	TSGD	100	-450	-359	2
18	FP Data Center Inc., Osaka, Japan	TJPY	49	7.370	28.778	2
19	FP Hanse GmbH, Hamburg, Deutschland	TEUR	100	0	102	7
20	FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	86	111	1
21	Francotyp-Postalia Sverige AB, Stockholm, Schweden	TSEK	100	0	3.943	2
22	Franco Frankerings Intressenter AB, Stockholm, Schweden	TSEK	100	-57	100	21
23	Frankiersversand UG (haftungsbeschränkt), Maintal, Deutschland	TEUR	100	-4	6	2
24	FP Systems India Private Limited Mumbai, Indien	TINR	100	n.a.	500	1 und 2

Die Ausleihungen bestehen unverändert zum Vorjahr in Höhe von TEUR 16.623 an die FP GmbH sowie in Höhe von TEUR 4.500 an die freesort. Für die Ausleihungen an die freesort wurde eine Rangrücktrittserklärung abgegeben.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus der umsatzsteuerlichen Organschaft, aus der Verzinsung der Darlehen, aus erbrachten Dienstleistungen sowie aus laufenden Verrechnungen. Die Forderungen sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 7.967 gestiegen, im Wesentlichen aufgrund der Übernahme der Umsatzsteuerverbindlichkeiten im Rahmen der umsatzsteuerlichen Organschaft.

Sämtliche **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

3. Aktive latente Steuern

Aufgrund der Wahlrechtsausübung zum Ausweis werden aktive latente Steuern in Höhe von TEUR 7.911 ausgewiesen. Hierbei kam ein Steuersatz von 28,08% zur Anwendung. Die Francotyp-Postalia Holding AG ist körperschaftsteuerlicher Organträger der Gesellschaften Francotyp-Postalia GmbH, Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, FP Direkt Vertriebs GmbH, Francotyp-Postalia International GmbH und FP Hanse GmbH. Die aktiven latenten Steuern beruhen überwiegend auf steuerlichen Verlustvorträgen. Des Weiteren bestehen Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen in den Bereichen Währungsbewertung, geringwertigen Wirtschaftsgütern, Rückstellungen zu Pensionen, Jubiläumsszuwendungen, Altersteilzeit und Urlaub.

4. Eigene Anteile

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat am 20. November 2007 auf Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 16. Oktober 2006 die Durchführung eines Programms zum Rückkauf von Aktien der Gesellschaft beschlossen, um Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen mit eigenen Aktien als Akquisitionswährung erwerben zu können. Dieser Ermächtigungsbeschluss war am 15. April 2008 ausgelaufen.

Es wurden insgesamt 370.444 Aktien (2,52% vom gezeichneten Kapital) mit Anschaffungskosten in Höhe von TEUR 1.829 erworben.

Im Rahmen der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wurden die im Vorjahr auf der Aktivseite ausgewiesenen eigenen Anteile mit dem Eigenkapital verrechnet. Die Rücklage für eigene Anteile wurde in andere freie Gewinnrücklagen umgewandelt (TEUR 600). Der Nennbetrag der eigenen Anteile (TEUR 370) wurde offen vom gezeichneten Kapital abgesetzt. Die Differenz zwischen fortgeführten Anschaffungskosten und Nennbetrag wurde mit den freien Gewinnrücklagen verrechnet (TEUR 230).

5. Eigenkapital

I. Grundkapital

Das Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG beträgt derzeit TEUR 14.700 und ist eingeteilt in 14.700.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien ohne Nennbetrag und anteiliger Berechtigung am Gewinn der Gesellschaft. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme in der Hauptversammlung der Gesellschaft. Das Grundkapital ist vollständig eingezahlt.

II. Börsengang und Kapitalrücklage

Am 30. November 2006 wurden sämtliche Aktien der FP Holding AG zum amtlichen Markt mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die FP Holding erzielte beim Börsengang aus der Veräußerung von 2.700.000 Aktien einen Bruttoemissionserlös in Höhe von TEUR 51.300. Die Zuzahlungen der neuen Aktionäre in Höhe von TEUR 48.600 wurden in der Kapitalrücklage ausgewiesen.

III. Beschlüsse im Jahr 2006

Am 16. Oktober 2006 sind bei der FP Holding Gesellschafterbeschlüsse über die Schaffung von **genehmigtem Kapital** in Höhe von EUR 6,0 Mio. und entsprechender Satzungsänderung sowie über die **bedingte Erhöhung des Grundkapitals** um einen Betrag von bis zu EUR 6,0 Mio. durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 gefasst worden. Des Weiteren ist der Vorstand ermächtigt worden, Options- und Wandelschuldverschreibungen mit der Möglichkeit des Bezugsrechtsausschlusses nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG auszugeben sowie ein bedingtes Kapital und eine entsprechende Satzungsänderung zu schaffen. Die Gesellschaft ist gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt worden, eigene Aktien in einem Umfang von 10% des Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben und zu veräußern.

IV. Beschluss im Jahr 2007

Im November 2007 wurde von der Gesellschaft ein entsprechendes Aktienrückkaufprogramm beschlossen, wobei bis zum Ende des Jahres 2008 370.444 Aktien erworben wurden.

V. Beschluss im Jahr 2008

Die Hauptversammlung vom 18. Juni 2008 hatte einem weiteren Ermächtigungsbeschluss zum Kauf eigener Aktien zugestimmt. Gemäß diesem Beschluss war die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 17. Dezember 2009 eigene Aktien bis zu insgesamt 10% des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Von dieser Ermächtigung hat die Gesellschaft keinen Gebrauch gemacht. Eine neue Ermächtigung wurde durch die Hauptversammlung vom 23. Juni 2009 nicht erteilt.

VI. Beschlüsse im Jahr 2010

a) Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien

Die Hauptversammlung vom 1. Juli 2010 hat einer Beschlussfassung über die Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien zugestimmt. Im Folgenden wird aus Punkt 6. der Tagesordnung der am 1. Juli 2010 in Berlin durchgeführten ordentlichen Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG mit geringfügigen und kenntlich gemachten Modifikationen wörtlich zitiert:

(Quelle: http://www.francotyp.com/uploads/media/100518_Einladung_HV_2010.pdf; eingesehen am 31. März 2011)

„a) Die Gesellschaft wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien bis zu insgesamt 10% des zum [1. Juli 2010] bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die nach dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr gemäß den §§ 71d und 71e Aktiengesetz zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10% des jeweiligen Grundkapitals entfallen.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgenutzt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 30. Juni 2015.

b) Der Erwerb der Aktien erfolgt nach Wahl des Vorstands [...] als Kauf über die Börse oder [...] mittels eines öffentlichen Kaufangebots. [...]

c) Der Vorstand bzw. - im unter lit. ee) genannten Fall - der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die aufgrund der unter lit. a) und b) oder einer früher erteilten Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien neben einer Veräußerung über die Börse oder über ein Angebot an alle Aktionäre auch wie folgt zu verwenden:

(aa) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Einziehung führt zur Kapitalherabsetzung. Die Einziehung kann auch im vereinfachten Verfahren ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen Betrags des Grundkapitals der übrigen Aktien gemäß § 8 Absatz 3 Aktiengesetz (AktG) erfolgen. Der Vorstand ist für diesen Fall ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung entsprechend zu ändern.

(bb) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats Dritten gegen Sachleistungen, insbesondere im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran, angeboten und auf diese übertragen werden, sofern der Erwerb des Unternehmens oder der Beteiligung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt und sofern der für die eigenen Aktien zu erbringende Gegenwert nicht unangemessen niedrig ist.

(cc) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bareinlagen ausgegeben werden, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien bisher nicht zum Handel zugelassen sind.

(dd) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Barzahlung an Dritte veräußert werden, wenn der Preis, zu dem die Aktien veräußert werden, den am Tag der Veräußerung durch die Eröffnungsauction ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten). Insgesamt dürfen die aufgrund der Ermächtigungen unter dieser lit. dd) verwendeten Aktien, die in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 Aktiengesetz (unter Bezugsrechtsausschluss gegen Bareinlagen nahe am Börsenpreis) ausgegeben wurden, 10% des Grundkapitals zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung und ihrer Verwendung nicht übersteigen. Auf diese Begrenzung sind Aktien anzurechnen, die in direkter oder entsprechender Anwendung dieser Vorschrift während der letzten 12 Monate vor Ausnutzung dieser Ermächtigung bis zu diesem Zeitpunkt ausgegeben oder veräußert wurden.

(ee) Die eigenen Aktien können von dem Aufsichtsrat dazu verwendet werden, einzelnen Mitgliedern des Vorstands anstelle der von der Gesellschaft geschuldeten Bar-Vergütung eigene Aktien anzubieten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass der Preis, welcher bei der Ermittlung der Zahl der an Erfüllungstatt zu übertragenden eigenen Aktien zu Grunde gelegt wird, den am Tag der Angebotsunterbreitung durch die Eröffnungsauction ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten).

(ff) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats dazu verwendet werden, Bezugsrechte, die unter dem Aktienoptionsplan 2010 der Gesellschaft ordnungsgemäß ausgegeben und ausgeübt wurden, zu bedienen. Der Aktienoptionsplan 2010 liegt der Hauptversammlung unter Tagesordnungspunkt 8 zur Entscheidung vor.

d) Die Ermächtigungen unter lit. c) können einmal oder mehrmals, einzeln oder gemeinsam, ganz oder in Teilen ausgenutzt werden.

e) Das Bezugsrecht der Aktionäre auf erworbene eigene Aktien wird insoweit ausgeschlossen, als diese Aktien gemäß den vorstehenden Ermächtigungen unter lit. c) sublit. (bb) bis (ff) verwendet werden.

f) Die vorstehende Ermächtigung unter lit. c) sublit. (ff) tritt nur dann in Kraft, sofern die Hauptversammlung den Aktienoptionsplan 2010 gemäß Tagesordnungspunkt 8 wirksam beschließt.“

Die Hauptversammlung stimmte dem Tagesordnungspunkt 8 am 1. Juli 2010 per Beschluss zu.

b) Bedingte Kapitalerhöhung und Aktienoptionsplan 2010

In 1.1 des Aktienoptionsplans 2010 der Francotyp-Postalia Holding AG heißt es: „Die ordentliche Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG [...] hat am 1. Juli 2010 beschlossen, (i) das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von bis zu 1.045.000,00 Euro durch die Ausgabe von bis zu 1.045.000 Stück nennwertloser Inhaberaktien [...] bedingt zu erhöhen und (ii) an Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft, an Mitglieder der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG [...] und an Führungskräfte der FP Gruppe Bezugsrechte [...] auszugeben, die die Inhaber dazu berechtigen, insgesamt maximal 1.045.000 Aktien gegen Zahlung des Ausübungspreises zu beziehen.“

Zweck des Aktienoptionsplans ist gemäß 1.3 des Aktienoptionsplans „die nachhaltige Verknüpfung der Interessen der Unternehmensführung und der Führungskräfte mit den Interessen der Aktionäre an der langfristigen Steigerung des Unternehmenswertes.“

Zum 1. September 2010 wurden insgesamt 900.000 Aktienoptionen zugeteilt, wobei eine Option gemäß 2.3 des Aktienoptionsplans jeweils eine Laufzeit von 10 Jahren hat ab dem Zeitpunkt der Zuteilung. Die Optionen sind entsprechend 2.4 des Aktienoptionsplans 2010 nicht verbrieft. Zuzahlungen waren bei der Zuteilung der Optionen entsprechend 5.5 des Aktienoptionsplans 2010 nicht zu leisten. Von den 900.000 zugeteilten Aktienoptionen entfallen jeweils 180.000 Aktienoptionen auf die beiden Mitglieder des Vorstands der Francotyp-Postalia Holding AG.

Jede einzelne Aktienoption berechtigt gemäß 2.2 des Aktienoptionsplans 2010 zum Erwerb einer Aktie der Francotyp-Postalia Holding AG. Für die Ausübung der Optionen müssen verschiedene Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein.

VII. Sonstiges

Eine Dividende wurde im Berichtsjahr nicht ausgeschüttet.

Im Zusammenhang mit der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wurden zum 1. Januar 2011 TEUR 9.148 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. Die im Vorjahr ausgewiesene Rücklage für eigene Anteile wurde in diesem Zusammenhang in die andere Gewinnrücklage umgliedert.

Die Überleitung des Jahresüberschusses (i.Vj. des Jahresfehlbetrags) zum Bilanzverlust ist gemäß § 158 AktG der Ergänzung zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen.

Aufgrund der Wahlrechtsausübung zum Ausweis aktiver latenter Steuern unterliegt ein Betrag in Höhe von TEUR 7.464 einer Ausschüttungssperre nach § 268 Absatz 8 Satz 2 HGB.

6. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von TEUR 338 (im Vorjahr TEUR 296) betreffen mit TEUR 338 (im Vorjahr TEUR 295) Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern. Der Erfüllungsbetrag für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beläuft sich auf TEUR 464.

Weiterhin besteht eine mittelbare Pensionszusage, bei der die zugesagten Altersversorgungsleistungen an die Versorgungsberechtigten durch die Francotyp-Postalia Unterstützungseinrichtung GmbH erbracht werden. Der Fehlbetrag gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB beläuft sich auf TEUR 21.

7. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 656 (im Vorjahr TEUR 1.247) beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Prämien in Höhe von TEUR 284 (im Vorjahr TEUR 302), für Anwalts- und Prozesskosten TEUR 174 (im Vorjahr TEUR 116), für Prüfungskosten in Höhe von TEUR 82 (im Vorjahr TEUR 44), für ausstehende Urlaubsgeld- und Mehrarbeitsverpflichtungen in Höhe von TEUR 40 (im Vorjahr TEUR 29), für Aufwendungen im Zusammenhang mit einer steuerlichen Betriebsprüfung von TEUR 32 (im Vorjahr TEUR 0), für Kosten im Zusammenhang mit einem Verständigungsverfahren von TEUR 20 (im Vorjahr TEUR 0), für ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 20 (im Vorjahr TEUR 50), für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe von TEUR 0 (im Vorjahr TEUR 536), für Abfindungen in Höhe von TEUR 0 (im Vorjahr TEUR 89) sowie für Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von TEUR 0 (im Vorjahr TEUR 75).

Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von TEUR 393 (im Vorjahr TEUR 52) ertragswirksam aufgelöst.

8. Verbindlichkeiten

Sämtliche Verbindlichkeiten weisen wie im Vorjahr Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr auf.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 203 (im Vorjahr TEUR 1.254) entfallen in Höhe von TEUR 102 (im Vorjahr TEUR 1.254) aus Verrechnungen mit der Francotyp-Postalia GmbH, durch die die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt und entfallen in Höhe von TEUR 101 (im Vorjahr TEUR 0) auf Verrechnungen mit der FP InovoLabs GmbH aufgrund der Übernahme der Umsatzsteuerforderungen im Rahmen der umsatzsteuerlichen Organschaft. Die Forderungen aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der Francotyp-Postalia GmbH wurden in Höhe von TEUR 10.795 bilanziell mit den Verbindlichkeiten verrechnet.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern. Hiervon entfallen TEUR 38 (im Vorjahr TEUR 27) auf Lohnsteuern sowie TEUR 335 (im Vorjahr TEUR 383) auf noch zu entrichtende Umsatzsteuern.

9. Passive latente Steuern

Es werden im Jahr 2010 erstmalig passive latente Steuern in Höhe von TEUR 447 ausgewiesen. Hierbei kam ein Steuersatz von 28,08% zur Anwendung. Die zu Grunde liegenden Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen resultieren aus Abweichungen in den Bereichen Währungsbewertung, geringwertigen Wirtschaftsgütern sowie der Ansatzhöhe bei Rückstellungen zur Altersteilzeit.

10. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus den am Bilanzstichtag bestehenden Leasingverhältnissen für Firmenwagen resultieren sonstige finanzielle Verpflichtungen von insgesamt TEUR 44 (im Vorjahr TEUR 52). Der Gesamtbetrag entfällt mit TEUR 21 (im Vorjahr TEUR 18) auf eine Laufzeit bis zu einem Jahr. TEUR 23 (im Vorjahr TEUR 33) weisen eine Laufzeit von ein bis zu fünf Jahren auf.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Abschlussstichtag wie zum vorhergehenden Abschlussstichtag nicht.

11. Haftungsverhältnisse

Am 4. März 2005 mit Änderungsverträgen vom 13. April 2005, 23. Januar 2006 und 2. April 2009 haben die FP Holding als Muttergesellschaft sowie die FP GmbH als Kreditnehmerin zur Finanzierung des Kaufpreises für den Erwerb des Geschäfts mit Postbearbeitungssystemen einen Kreditvertrag mit der BNP Paribas S.A., Frankfurt am Main, über ursprünglich EUR 89,5 Mio. abgeschlossen. Zum Stichtag 31. Dezember 2010 waren aus diesem Kreditvertrag EUR 43,8 Mio. von der FP GmbH und EUR 0,2 Mio. von dem verbundenen Unternehmen Francotyp-Postalia Inc., Lisle, Illinois, USA, in Anspruch genommen.

Für den Kredit wurden der BNP Paribas S.A. durch die FP Holding folgende Kreditsicherheiten bestellt:

- Verpfändung sämtlicher Geschäftsanteile an der FP GmbH;
- Sicherungsabtretung sämtlicher Forderungen gegen Dritte, insbesondere der Forderung aus dem der FP GmbH gewährten Gesellschafterdarlehen;
- Verpfändung von Kontoguthaben bei Kreditinstituten.

Von Tochtergesellschaften der FP Holding wurden weitere Kreditsicherheiten bestellt.

Eine Inanspruchnahme aus dem Kreditvertrag wäre im Falle des Nichterreichens bestimmter Finanzkennzahlen heraus möglich. Aktuell werden diese Kennzahlen mit solidem Abstand zu den einzuhaltenden Größen eingehalten. Anzeichen für ein Nichteinhalten der Kennzahlen in der Zukunft liegen nicht vor.

Die FP Holding hat mit Datum vom 9. März 2011 gegenüber der Tochtergesellschaft freesort GmbH, Langenfeld, eine Patronatserklärung abgegeben mit dem Inhalt, dass sie bis zum 30. Juni 2012 unwiderruflich die uneingeschränkte Verpflichtung übernimmt,

- die freesort auf deren erstes Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es ihr zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden
- und dafür Sorge zu tragen, dass die freesort GmbH in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen.

Die freesort GmbH erzielte in den letzten Jahren deutliche Umsatz- und Ergebniszuwächse. Es ist unwahrscheinlich, dass dieser Trend zum Ruhen kommt und eine Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung droht.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus Beratungsleistungen gemäß dem am 16. Mai 2006 mit der FP GmbH abgeschlossenen Dienstleistungsvertrag.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 407 (im Vorjahr TEUR 338) betreffen die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 393 (im Vorjahr TEUR 52), Konzernumlagen in Höhe von TEUR 14 (im Vorjahr TEUR 0) sowie Wertaufholung auf den beizulegenden Wert der eigenen Anteile in Höhe von TEUR 0 (im Vorjahr 285).

Die periodenfremden Erträge belaufen sich auf TEUR 393 (im Vorjahr TEUR 52).

3. Personalaufwand

	2010 TEUR	2009 TEUR
Löhne und Gehälter	1.346	1.186
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	235	238
(davon für Altersversorgung)	(5)	(16)
	1.581	1.424

Hierin enthalten waren periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 64 (im Vorjahr TEUR 0). Weitere Erläuterungen hierzu finden sich in den sonstigen Angaben zu Vorstand und Aufsichtsrat.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	2010 TEUR	2009 TEUR
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	980	950
Marketing und Publikationen	150	239
Übrige	146	133
Reisekosten	132	161
Aufsichtsrat	75	96
Sonstige Personalkosten	58	76
Mieten und Leasing	45	41
Aufwand Sonderprüfungen	0	246
Gesamt	1.586	1.942

Hierin enthalten waren periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 32 (im Vorjahr TEUR 0).

5. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen entfallen auf den aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags abgeführten Gewinn der Francotyp-Postalia GmbH.

6. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Höhe von TEUR 1.267 (im Vorjahr TEUR 1.267) entfallen ausschließlich auf verbundene Unternehmen.

7. Zinserträge und Zinsaufwendungen

Die Zinserträge in Höhe von TEUR 0 (im Vorjahr TEUR 58) sowie die Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 478 (im Vorjahr TEUR 241) enthalten überwiegend Zinsen, die verbundene Unternehmen betreffen. Hierin enthalten sind TEUR 23 (im Vorjahr TEUR 0) an Zinsaufwendungen aus Aufzinsung.

8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens

Außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen fielen im Geschäftsjahr nicht an (im Vorjahr TEUR 17.853).

9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Steueraufwand betrifft die Veränderung der erstmalig zum 1. Januar 2010 erfassten latenten Steuern in Höhe von TEUR 1.312 (im Wesentlichen Verbrauch der Verlustvorträge), zurückgestellte Beträge für Körperschaftsteuer in Höhe von TEUR 131 (im Vorjahr TEUR 79) sowie für Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 285 (im Vorjahr TEUR 147).

V. Sonstige Angaben

1. Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt neben zwei Vorständen neun Mitarbeiter (im Vorjahr sieben). Hiervon zwei im Bereich Personal, vier im kaufmännischen Bereich und drei Mitarbeiter mit anderen administrativen Aufgaben.

2. Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand der Gesellschaft besteht zurzeit aus zwei Personen.

Am 10. November 2010 wurde Herr Hans Szymanski für drei weitere Jahre als Vorstand berufen und mit Wirkung zum 1. Januar 2011 zum Sprecher des Vorstands benannt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die während des Geschäftsjahres 2010 tätigen Mitglieder des Vorstands und ihre jeweilige Funktion aufgeführt:

Name	Erstmals bestellt zum	Zurzeit bestellt bis zum	Zuständigkeit
Hans Szymanski, Diplom-Ökonom	Dezember 2008	Dezember 2014	<ul style="list-style-type: none"> • Strategische Geschäftsentwicklung • Produktion / Logistik / Einkauf • Informationstechnik • Personal und Recht • Finanzen • Controlling • Rechnungswesen
Andreas Drechsler, Diplom-Kaufmann	Februar 2009	Februar 2012	<ul style="list-style-type: none"> • (Strategische Geschäftsentwicklung) • Marketing / Produktmanagement • Service International / Quality Management • Corporate Auditing • Investor Relations • Vertrieb Mailstream • Vertrieb Deutschland • Vertrieb International

Die Vorstandsmitglieder sind in keinen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG vertreten.

Herr Dr. Claus Gerckens wurde am 12. August 2009 gerichtlich zunächst bis zur Hauptversammlung des Jahres 2010 zum Aufsichtsrat bestellt. Auf der ordentlichen Hauptversammlung am 1. Juli 2010 wurde Herr Dr. Claus Gerckens in den Aufsichtsrat gewählt.

Die folgende Übersicht zeigt die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft mit den nachfolgend angegebenen Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft und sonstigen Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsratsmandaten beziehungsweise Mandaten bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen:

Name	Berufliche Tätigkeit	Sonstige Verwaltungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Mandate bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien
Prof. Dr. Michael J. A. Hoffmann (Vorsitzender)	Geschäftsführender Gesellschafter bei der TMM Technology Marketing Management GmbH, Dortmund (kurz „TMM“) sowie Geschäftsführer bei weiteren Gesellschaften, an denen TMM beteiligt ist	<ul style="list-style-type: none"> • Vorsitzender des Aufsichtsrats der Inframation AG, Dortmund • Stellvertretender Vorsitzender des Beirats der KST-Motorenversuch GmbH & Co. KG, Bad Dürkheim
Christoph Weise (stellvertretender Vorsitzender)	Unternehmensberater	Geschäftsführer der QCR 1 GmbH
Dr. Claus Gerckens	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschafter-Geschäftsführer der GVG Industrieverwaltungs GmbH, Augsburg • Geschäftsführer der Königsdorf Vermögensverwaltungs GmbH, Augsburg • Gesellschafter-Geschäftsführer der Butenfeld Vermögensverwaltungs GmbH, Augsburg 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufsichtsrat der EUROKAI KGaA, Hamburg • Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der Waltershof-Peute Hafen Betriebs G.m.b.H., Hamburg • Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der ISA Internationale Schule Augsburg gGmbH, Augsburg

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat unter Einbeziehung von etwaigen Konzernbezügen in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. In den mit den Vorständen abgeschlossenen Dienstverträgen sind ein festes Jahresgehalt und ein erfolgsabhängiger Bonus, abhängig von erzieltem Cashflow und EBITA, festgelegt. Gemäß dem Standortsicherungsvertrag, der im August 2009 mit den Arbeitnehmervertretern und der IG Metall abgeschlossen worden ist, verzichteten die Vorstände auf 20% ihres Einkommens.

Die direkte Vergütung des Vorstands betrug insgesamt TEUR 754 (im Vorjahr TEUR 533), wovon TEUR 472 (im Vorjahr TEUR 486) auf das feste Jahresgehalt und TEUR 26 (im Vorjahr TEUR 47) auf Sachbezüge entfielen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden für den Vorstand Boni in Höhe von TEUR 108 für Herrn Szymanski und in Höhe von TEUR 108 für Herrn Drechsler ausgezahlt. Hierfür waren im Geschäftsjahr 2009 je Vorstandsmitglied Rückstellungen in Höhe von TEUR 76 gebildet worden. Die Sachbezüge bestehen im Wesentlichen aus den nach steuerlichen Vorgaben anzusetzenden Werten aus der Dienstwagenutzung, Mietzuschüssen sowie den individuellen Versicherungsbeiträgen.

Von den im Jahr 2010 900.000 zugeteilten Aktienoptionen entfallen jeweils 180.000 Aktienoptionen auf die beiden Mitglieder des Vorstands. Der beizulegende Zeitwert für 180.000 Aktienoptionen betrug zum Zeitpunkt der Ausgabe der Optionen TEUR 247.

Die Bezüge des Geschäftsjahres 2010 verteilen sich wie folgt:

TEUR	Fixes Entgelt	Sachbezüge und Zuschüsse	Boni ¹⁾ (Vorjahr)	Boni (Rückstellung)	Gesamtvergütung
Hans Szymanski	244	11	32	96	383
Andreas Drechsler	228	15	32	96	371
Gesamt	472	26	64	192	754

¹⁾ Boni für Vorjahre, die nicht über Rückstellungen per 31.12.2009 gedeckt waren.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den ehemaligen Vorstandsmitgliedern sowie deren Hinterbliebenen wurden TEUR 338 (im Vorjahr TEUR 296) zurückgestellt.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält neben dem Ersatz seiner baren Auslagen und seiner ihm für die Aufsichtsratsstätigkeit etwa zur Last fallenden Umsatzsteuer geschäftsjährlich eine feste, im letzten Monat des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von TEUR 30. Für den Vorsitzenden beträgt die feste Vergütung 150%, für seinen Stellvertreter 125% der Vergütung für das normale Aufsichtsratsmitglied.

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Christoph Weise, hat auf die ihm zustehende Vergütung seit dem Jahr 2008 verzichtet. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Berichtsjahr TEUR 75.

3. Als Aufwand erfasste Honorare für den Abschlussprüfer

Die Hauptversammlung hat, basierend auf einer Empfehlung des Aufsichtsrats, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 gewählt. Das für den Abschlussprüfer im Geschäftsjahr 2010 im Aufwand erfasste Gesamthonorar beträgt TEUR 204. Das Honorar schlüsselt sich wie folgt auf:

TEUR	2010
Abschlussprüfungsleistungen	146
Andere Bestätigungsleistungen	5
Steuerberatungsleistungen	53
Sonstige Leistungen	0
Gesamthonorar 2010	204

Die Steuerberatungsleistungen entfielen überwiegend auf Leistungen im Zusammenhang mit einer steuerlichen Betriebsprüfung. Sonstige Leistungen wurden im Berichtsjahr nicht getätigt. TEUR 41 entfallen auf Leistungen des Vorjahres.

4. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Angabepflichtige Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen fanden ausschließlich zwischen der FP Holding und dem Aufsichtsrat sowie dem Vorstand in Form von Vergütungen statt. Bezüglich der Höhe dieser Geschäfte wird auf den Vergütungsbericht verwiesen.

5. Konzernabschluss

Für die Francotyp-Postalia Holding AG wird ein Konzernabschluss erstellt. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und bekannt gemacht.

6. Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG haben eine Erklärung zum Corporate Governance Kodex nach § 161 AktG abgegeben und diese Erklärung auf der Internetseite der Gesellschaft (<http://www.francotyp.com/investoren/corporate-governance/entsprechenserklaerung/archiv/2010.html>) dauerhaft zugänglich gemacht.

7. Aktionärsstruktur

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat im Geschäftsjahr 2010 von ihren Anteilseignern gemäß § 21 Abs. 1 WpHG folgende Mitteilungen erhalten und gemäß § 26 Abs. 1 WpHG veröffentlicht:

Veröffentlichung vom 22. Januar 2010

Die United Nations, New York, USA haben uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN FPH900 am 14. Juli 2008 die Schwelle von 3% überschritten hat und an diesem Tag 3,18% (das entspricht 468.000 Stimmrechten) betrug.

Veröffentlichung vom 22. Januar 2010

Korrektur der Veröffentlichung vom 17. Juli 2008

Die Baillie Gifford & Co, Edinburgh, Schottland, Großbritannien hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN FPH900, am 14. Juli 2008 die Schwelle von 5% überschritten hat und an diesem Tag 5,39% (das entspricht 792.000 Stimmrechten) betrug. Davon sind 1,61% (dies entspricht 236.500 Stimmrechten) der Baillie Gifford & Co gemäß § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 WpHG und 3,78% (das entspricht 555.500 Stimmrechten) gemäß § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 und S. 2 WpHG zuzurechnen. Von folgenden Aktionären, deren Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3% oder mehr beträgt, werden ihr dabei Stimmrechte zugerechnet: - United Nations.

Die Baillie Gifford Overseas Limited, Edinburgh, Schottland, Großbritannien hat uns entsprechend § 21 Abs. 1 WpHG informiert, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN FPH900 am 14. Juli 2008 die Schwelle von 3% überschritten hat und an diesem Tag 3,78% (das entspricht 555.500 Stimmrechten) betrug. Die gesamten Stimmrechte in Höhe von 3,78% (das entspricht 555.500 Stimmrechte) sind der Baillie Gifford Overseas Limited gemäß § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.

Von folgenden Aktionären, deren Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3% oder mehr beträgt, werden ihr dabei Stimmrechte zugerechnet: - United Nations.

Veröffentlichung vom 1. März 2010

Die Baillie Gifford & Co, Edinburgh, Schottland, Großbritannien hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN FPH900, am 23. Februar 2010 die Schwelle von 5% unterschritten hat und an diesem Tag 3,78% (das entspricht 555.500 Stimmrechten) betrug. Davon sind 3,78% (dies entspricht 555.500 Stimmrechten) der Baillie Gifford & Co gemäß § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 und S. 2 WpHG zuzurechnen. Von folgenden Aktionären, deren Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia

Holding AG jeweils 3% oder mehr beträgt, werden ihr dabei Stimmrechte zugerechnet: - United Nations

Veröffentlichungen vom 19. April 2010

Die WestLB AG, Düsseldorf, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 16.04.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 25.02.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,06% (das entspricht 449.429 Stimmrechten) betragen hat. 3,06% der Stimmrechte (das entspricht 449.429 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG über die Banque d'Orsay S.A. und Orsay Asset Management SNC zuzurechnen. Die Banque d'Orsay S.A., Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 16.04.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 25.02.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,06% (das entspricht 449.429 Stimmrechten) betragen hat. 3,06% der Stimmrechte (das entspricht 449.429 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG über die Orsay Asset Management SNC zuzurechnen.

Die Orsay Asset Management SNC, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 16.04.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 25.02.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,06% (das entspricht 449.429 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichungen vom 11. Mai 2010

Herr Eric Spoerndli, Schweiz hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 10.05.2010 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 05.05.2010 die Schwelle von 5% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 5,02% (das entspricht 738.291 Stimmrechten) betragen hat.

Die WestLB AG, Düsseldorf, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 11.05.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 07.05.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Banque d'Orsay S.A., Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 11.05.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 07.05.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Orsay Asset Management SNC hatte die Aktien der Francotyp-Postalia Holding AG erworben. Orsay Asset Management SNC ist eine 100%-Tochter der Banque d'Orsay S.A., die wiederum zu 100% der WestLB AG gehört. Mit Abgabe der Erklärung gemäß § 32 Abs. 3 i.V.m. Abs. 2 InvG ist die Tochterunternehmenseigenschaft der Orsay Asset Management SNC am 07.05.2010 weggefallen, sodass keine Zurechnung nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG erfolgt. Dadurch wird hiermit die Unterschreitung der 3%-Meldeschwelle angezeigt und eine Meldung auf 0% vorgenommen.

Veröffentlichung vom 12. August 2010

Die Baillie Gifford & Co, Edinburgh, Schottland, Großbritannien hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN FPH900, am 6. August die Schwelle von 3% unterschritten hat und an diesem Tag 2,91% (das entspricht 428.180 Stimmrechten) betrug. Die gesamten Stimmrechte in Höhe von 2,91%, dies entspricht 428.180 Stimmrechten, sind der Baillie Gifford & Co gemäß § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 und S. 2 WpHG zuzurechnen (via Baillie Gifford Overseas Limited).

Zusätzlich hat uns die Baillie Gifford Overseas Limited, Edinburgh, Schottland, Großbritannien entsprechend § 21 Abs. 1 WpHG informiert, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN FPH900 am 6. August 2010 die Schwelle von 3% unterschritten hat und an diesem Tag 2,91% (das entspricht 428.180 Stimmrechten) betrug. Die gesamten Stimmrechte in Höhe von 2,91% (das entspricht 428.180 Stimmrechten) sind der Baillie Gifford Overseas Limited gemäß § 22 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 16. August 2010

Der United Nations Joint Staff Pension Fund, New York, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 12.08.2010 mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 24.06.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,98% (das entspricht 437.396 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 17. August 2010

Die United Nations, New York, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 12.08.2010 mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 24.06.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,98% (das entspricht 437.396 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 24. September 2010

Die Orsay Asset Management SNC, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.09.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 16.09.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,70% (das entspricht 397.261 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichungen vom 27. Dezember 2010

Herr Stephan Jaax, Belgien hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.12.2010 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 17.12.2010 die Schwelle von 25%, 20%, 15%, 10%, 5% und 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Quadriga Capital (US) LP, St. Helier, Jersey, Channel Islands hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.12.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 17.12.2010 die Schwelle von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Quadriga Capital Inc., Wilmington, Delaware, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.12.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 17.12.2010 die Schwelle von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Quadriga Capital Limited, St. Helier Jersey, St. Helier, Jersey, Channel Islands hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.12.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 17.12.2010 die Schwelle von 25%, 20%, 15%, 10%, 5% und 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Quadriga Capital Private Equity Fund II LP, St. Helier, Jersey, Channel Islands hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.12.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 17.12.2010 die Schwelle von 20%, 15%, 10%, 5% und 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Stockwell Fund L.P., Chicago, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.12.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 17.12.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Stockwell Managers L.L.C., Chicago, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.12.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 17.12.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Stockwell Capital L.L.C, Chicago, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 23.12.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 17.12.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Birkenwerder, den 7. April 2011

Hans Szymanski
Vorstandssprecher

Andreas Drechsler
Vorstand

Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2010

Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	1.1.2010	Zugänge	Abgänge	31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	129	13	0	142
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	29	9	0	38
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	28.342	0	0	28.342
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	21.123	0	0	21.123
	49.465	0	0	49.465
	49.623	22	0	49.645

Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte		
Abschreibungen des					
1.1.2010	Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
64	27	0	91	51	65
25	2	0	27	11	4
18.676	0	0	18.676	9.666	9.666
0	0	0	0	21.123	21.123
18.676	0	0	18.676	30.789	30.789
18.765	29	0	18.794	30.851	30.858



YOUR MAIL IS OUR BUSINESS

LAGEBERICHT DER FRANCOTYP-POSTALIA HOLDING AG FÜR DAS GESCHÄFTS- JAHR 2010

INHALTSVERZEICHNIS

1. Geschäftstätigkeit
2. Markt, unternehmensinternes Steuerungssystem und Geschäftsverlauf
3. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
4. Forschung und Entwicklung
5. Umwelt- und Arbeitnehmerbelange
6. Erläuternder Bericht des Vorstands gemäß § 289 Abs. 4 HGB
7. Vergütung von Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsratsmitgliedern
8. Risiko- und Chancenbericht
9. Strategie / Ausblick
10. Nachtragsbericht
11. Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance Bericht (§ 289 a HGB)

1. Geschäftstätigkeit

Die Francotyp-Postalia Holding AG (im Folgenden auch „FP Holding“ genannt) ist die Muttergesellschaft des FP-Konzerns (im Folgenden auch FP-Gruppe, FP oder Francotyp-Postalia genannt). Ihr untergeordnet sind die deutschen Tochtergesellschaften Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder, FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, sowie die freesort GmbH, Langenfeld, (freesort) an der die Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 100 % hält, sowie die internet access GmbH lilibit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik („iab“), Berlin, an der die Francotyp-Postalia Holding AG zu 51 % beteiligt ist. Die Francotyp-Postalia GmbH („FP GmbH“) hält direkt oder indirekt Anteile an weiteren wesentlichen Tochtergesellschaften, die in der folgenden Tabelle dargestellt sind. An diesen Gesellschaften ist die Francotyp-Postalia Holding AG indirekt beteiligt.

<u>Name des Unternehmens</u>	<u>Sitz der Gesellschaft</u>	<u>Anteile in %</u>
Francotyp-Postalia Vertrieb & Service GmbH	Deutschland Birkenwerder	100
Francotyp-Postalia International GmbH	Deutschland Birkenwerder	100
Ruys Handelsvereniging B. V.	Niederlande Den Haag	100
Francotyp-Postalia Ltd.	Großbritannien Dartford	100
Francotyp-Postalia Inc.	USA Addison	100

Zwischen der FP Holding und der Francotyp-Postalia GmbH besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Die FP GmbH hält ebenfalls unmittelbar und mittelbar Anteile an operativ tätigen Gesellschaften der FP-Gruppe, übernimmt Managementaufgaben sowie wesentliche Entwicklungs- und Herstellungstätigkeiten für die FP-Gruppe. Die FP Holding selbst erbringt für die FP GmbH Leistungen aus den Bereichen des strategischen Managements, insbesondere der Geschäftsfeldentwicklung, Finanzierung und Kapitalbeschaffung. Seit dem 1. Januar 2007 beschäftigt die FP Holding eigenes Personal. Zum 31. Dezember 2010 waren für die FP Holding neben den zwei Vorständen insgesamt neun Mitarbeiter tätig (im Vorjahr sieben Mitarbeiter).

2. Markt, unternehmensinternes Steuerungssystem und Geschäftsverlauf

2.1 Markt

Die FP Holding nimmt indirekt über ihre Tochter- und Enkelgesellschaften am Marktgeschehen und Geschäftsverlauf der FP-Gruppe teil. Im Zuge der Liberalisierung der Postmärkte hat sich die FP-Gruppe von einem Hersteller von Frankiermaschinen zu einem Multi-Channel-Anbieter entwickelt. Das Unternehmen bedient alle möglichen Versandkanäle rund um den Brief – vom Frankieren und Kuvertieren eines physischen Briefs über die Konsolidierung bis hin zur Hybrid-Mail und dem vollelektronischen Versand. Damit kann die FP-Gruppe Unternehmenskunden jeder Größenordnung sämtliche Produkte sowie Dienstleistungen für eine einfache und kostengünstige Briefkommunikation anbieten.

Seine Geschäftstätigkeit unterteilt das Unternehmen in drei Produktbereiche: Frankieren und Kuvertieren, Softwarelösungen und Dienstleistungen.

Im traditionellen Produktbereich Frankieren und Kuvertieren konzentriert sich die FP-Gruppe auf die Entwicklung, die Fertigung, den Vertrieb sowie die Vermietung von Frankiermaschinen und Kuvertiermaschinen für kleine und mittlere Briefaufkommen. Darüber hinaus bietet das Unternehmen dazugehörige After-Sales-Dienstleistungen und -Produkte an.

Mit ihren Frankiermaschinen ist die FP-Gruppe weltweit in den wichtigsten Märkten vertreten, darunter in Deutschland, den USA und Großbritannien. Mit insgesamt rund 254.000 installierten Frankiermaschinen liegt der Marktanteil des Unternehmens weltweit bei 10,0 %. Dabei operiert die FP-Gruppe mit Niederlassungen in neuen Ländern sowie Händlernetzwerken in 44 Ländern. Besonders stark ist das Unternehmen in Deutschland und Österreich vertreten: Hier liegt der Marktanteil bei 43 % bzw. 47 %.

Durch den technologischen Fortschritt und die zunehmende Liberalisierung der Postmärkte ergeben sich in den Produktbereichen Softwarelösungen und Dienstleistungen vielfältige Wachstumschancen. Die FP-Gruppe konzentriert sich im Bereich der Dienstleistungen vorerst auf den seit Anfang 2008 vollständig liberalisierten deutschen Markt. Innovative Softwarelösungen bietet die FP-Gruppe über ihre Tochtergesellschaft iab an. Sowohl die freesort GmbH wie auch die iab – internet access GmbH wurden nach dem Börsengang Ende 2006 erworben.

Die iab ist ein Softwarespezialist im Bereich der digitalen Postverarbeitung. Auf Basis einer internetbasierten Software ermöglicht das Unternehmen das Outsourcing der gesamten Postbearbeitung. Damit geht ein Brief mit einem einzigen Mausklick und unter Gewährleistung höchster Sicherheitsstandards zur Post. Die iab übernimmt das Ausdrucken der Briefe sowie die Kuvertierung, Frankierung und Auflieferung. Mit den Hybrid-Mail-Produkten webmail, businessmail, systemmail oder inboundmail deckt die iab die Bedürfnisse vom Kleinkunden bis zum Großkunden ab, die enorme Kosten- und Zeitvorteile realisieren können. Da der Brief direkt vom Arbeitsplatz digital verschickt wird, entfallen bzw. verringern sich Aufwendungen für Papier, Umschlag und Drucker, Arbeitskosten sowie Wegekosten zur Post beziehungsweise zum Briefkasten. Die Softwareprodukte kann die FP-Gruppe auch international den Kunden anbieten. So wurde das Produkt webpost, die internetbasierte Produktvariante von webmail, inzwischen in Großbritannien und Belgien eingeführt. 2011 sollen Länder wie Italien und Österreich folgen.

Diese Lösung ist mit der Online-Lösung FP webbrief vergleichbar. Im Gegensatz zu webmail wird die webbrief Anwendung über einen Internetbrowser geladen. Danach trägt der Nutzer seinen Text in eine Maske ein, wie man es von einem Textprogramm gewohnt ist. Im vergangenen Jahr konnte die FP-Gruppe das Portal WEB.DE als Partner für ihren Online-Briefdienst FP webbrief gewinnen. Im Rahmen der Kooperation können die Nutzer sich direkt über ihr E-Mail-Postfach beim Online-Briefdienst einloggen und damit Briefe einfach und kostengünstig verschicken.

Bei der vollelektronischen Lösung verschicken die Kunden ihre Briefe digital und sicher mit rechtsverbindlicher Signatur und der Empfänger erhält einen rechtsverbindlichen elektronischen Brief. Die Mentana-Claimsoft AG ist spezialisiert auf elektronische Signaturen und bietet zudem Produkte zur Absicherung elektronischer Dokumente und zur rechtsverbindlichen Kommunikation.

freesort zählt mit neun Niederlassungen im Bundesgebiet zu den führenden unabhängigen Konsolidierern von Ausgangspost im deutschen Markt. Das Unternehmen holt die Briefe in

den Unternehmen ab, sortiert sie nach Postleitzahlen und liefert diese dann gebündelt bei einem Briefzentrum der Deutschen Post oder alternativen Postzustellern ein. Durch die Inanspruchnahme dieser Dienstleistung steigern Unternehmen die Effizienz beim Postausgang und sparen zugleich Portokosten. Denn seit der Liberalisierung muss die Deutsche Post für bereits vorsortierte und frankierte Posteinlieferungen Rabatte von bis zu 38 % gewähren. Einen Teil des Rabattes gibt freesort an den Kunden weiter und schafft so eine Win-Win-Situation.

2.2 Unternehmensinternes Steuerungssystem

Der Vorstand nutzt das konzernweite Reporting-System sowie die strategische Konzernplanung als Steuerungssystem. Die Strategie ist auf drei Jahre ausgelegt und wird jährlich während des umfassenden Budgetprozesses überarbeitet sowie unterjährig angepasst.

Der FP-Konzern wird unterteilt in die Segmente „Produktion“, „Vertrieb Deutschland“, „Vertrieb International“ und „Zentrale Funktionen“. Alle Segmente berichten monatlich im Rahmen des konzernweiten Reportings über Umsatz-, Ergebnis- und Bilanzzahlen, die konsolidiert in die veröffentlichten Quartals- und Geschäftsberichte des Konzerns eingehen. Zudem geben die Segmente monatlich eine Einschätzung der aktuellen und voraussichtlichen Geschäftsentwicklung ab.

Die Steuerung des Konzerns erfolgt über die folgenden Kennzahlen:

- Umsatz
- EBITDA
- Net Working Capital
- Free Cashflow
- Jahresergebnis beziehungsweise Monatsergebnis sowie
- die in den Markt gebrachte Frankiermaschinenstückzahl

Damit stellt die FP-Gruppe sicher, dass Entscheidungen immer das Spannungsfeld zwischen Wachstum, Profitabilität und Liquidität ausreichend berücksichtigen.

Der Umsatz dient der Messung des Erfolgs am Markt. Mit dem Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) misst der Konzern die operative Leistungskraft und den Erfolg der einzelnen Geschäftseinheiten. Daneben verwendet der Konzern noch die Kennzahl EBITDA-Marge, die das EBITDA im Verhältnis zum Umsatz darstellt.

Das Net Working Capital errechnet sich aus den Vorräten zuzüglich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Mit der Berücksichtigung des Free Cashflow wird sichergestellt, dass die finanzielle Substanz des Konzerns erhalten bleibt. Der Free Cashflow ergibt sich aus dem Saldo von Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit abzüglich vorgenommener Investitionen.

Die folgenden Komponenten sichern im Wesentlichen die Einhaltung des konzerninternen Steuerungssystems:

- regelmäßige Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen
- regelmäßige Sitzungen aller internationalen und nationalen Führungskräfte
- Risiko- und Chancenmanagement
- Liquiditätsplanung
- Monatsberichte der Segmente
- Interne Revision
- Qualitätsmanagement

2.3 Geschäftsverlauf

Im vergangenen Jahr erholte sich die Konjunktur von der schwersten Krise seit dem zweiten Weltkrieg. Der Internationale Währungsfonds (IWF) berichtet für die Weltwirtschaft ein Wirtschaftswachstum von 3,9 % für das Jahr 2010. Dabei verzeichneten die Industrieländer einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 3,0 %, die Schwellenländer kamen auf ein Wachstum von 7,1 %.

Die wirtschaftliche Erholung erfasste auch wichtige Märkte, in denen die FP-Gruppe tätig ist. In den USA stieg die Wirtschaftsleistung um 2,8 %, in den Euro-Staaten lag der Anstieg bei 1,8 %. Sehr positiv entwickelte sich die Volkswirtschaft in Deutschland, dem Heimatmarkt der FP-Gruppe. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich 2010 nach Angaben des IWF um 3,6 %. Deutschland erholte sich damit deutlich schneller von den Folgen der Rezession als andere Staaten in Europa.

Noch höhere Wachstumsraten gab es in einigen asiatischen Ländern. In China belief sich das Wirtschaftswachstum 2010 auf 10,3 %, in Indien stieg das Bruttoinlandsprodukt auf 9,7 %. Diese Dynamik im asiatisch-pazifischen Raum schafft für die FP-Gruppe ein gutes Umfeld, um ihre Wachstumsstrategie in diesen Zukunftsmärkten voranzutreiben.

Das Wechselkursverhältnis zwischen Euro und US-Dollar spielt für die FP-Gruppe als exportorientiertes Unternehmen eine wichtige Rolle. Die Entwicklung des US-Dollars war im vergangenen Jahr von einer hohen Volatilität gekennzeichnet. Der Höchstkurs betrug im Januar 1,45 US-Dollar, ehe in den darauf folgenden Monaten eine deutliche Abwärtsbewegung zu beobachten war. Der Tiefstkurs lag im Juni 2010 bei 1,19 US-Dollar. Zum Jahresende 2010 kostete ein Euro 1,33 US-Dollar im Vergleich zu 1,44 US-Dollar im Jahr zuvor.

Operativ konnte die FP-Gruppe ihre Ergebnisse 2010 verbessern. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus der erfolgreichen Restrukturierung als auch aus einem konsequenten Kostenmanagement.

Auch im vergangenen Jahr galt für die deutschen Gesellschaften der FP-Gruppe der Standortsicherungsvertrag, der am 7. August 2009 sowohl von Seiten der Arbeitnehmervertretung wie von Seiten der Arbeitgeber unterzeichnet worden war. Die Kosteneinsparungen aus diesem Vertrag wirkten sich über die Ergebnisabführungsverträge positiv auf das Ergebnis der FP Holding AG aus.

Bereits zu Beginn von 2010 hatte sich das Auftragsvolumen soweit verbessert, dass die Kurzarbeit für die deutschen Gesellschaften mit Ausnahme des Bereichs Service ausgesetzt werden konnte.

Die Konjunkturerholung belebte im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionsneigung der Unternehmen und damit auch die Nachfrage nach Frankier- und Kuvertiermaschinen.

Die FP-Gruppe ist traditionell auf das A- sowie das B-Segment für Maschinen mit kleinerem bis mittlerem Briefaufkommen spezialisiert. Diese Märkte zeigen eine sehr stabile Entwicklung, auch weil Unternehmen vermehrt größere Frankiermaschinen durch kleine Geräte ersetzen.

Der insgesamt positive Geschäftsverlauf bei den Tochtergesellschaften der FP Holding AG und der Umstand, dass im Berichtsjahr keine Abschreibungen von Finanzanlagen vorge-

nommen wurden, führten dazu, dass im Gegensatz zum Vorjahr in 2010 wieder ein Jahresüberschuss von TEUR 8.121 erwirtschaftet werden konnte.

3. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft hängt auf Grund der bestehenden Gewinnabführungsverträge entscheidend von der Entwicklung des gesamten Konzerns ab.

Die Bilanzsumme der FP Holding hat sich gegenüber dem letzten Bilanzstichtag um TEUR 15.369 bzw. 33 % auf TEUR 60.574 erhöht (Vorjahr TEUR 45.205).

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen erhöhten sich um TEUR 7.967 auf TEUR 21.689. In Folge der Umstellung auf BilMoG werden aktive latente Steuern in Höhe von TEUR 7.911 (Vorjahr TEUR 0) ausgewiesen, welche sich primär (TEUR 7.498) aus Steuerlatenzen auf Verlustvorträge ergeben.

Das Eigenkapital erhöhte sich auf TEUR 57.608 gegenüber TEUR 41.309 in 2009, was im Wesentlichen bedingt ist durch einen Jahresüberschuss von TEUR 8.121 und höhere andere Gewinnrücklagen (TEUR 9.148, im Vorjahr TEUR 0). Die anderen Gewinnrücklagen ergeben sich aus der Umstellung auf BilMoG per 1. Januar 2010 und bilden primär den Gegenposten zu Steuerlatenzen per 1. Januar 2010 (TEUR 8.497).

Die Finanzanlagen sind im Geschäftsjahr 2010 mit einem Buchwert von TEUR 30.789 gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Damit entsprechen die Finanzanlagen nun ca. 51 % (im Vorjahr 68 %) der Bilanzsumme bzw. 54 % (im Vorjahr 75 %) des Eigenkapitals.

Im November 2007 wurde von der Gesellschaft ein Aktienrückkaufprogramm beschlossen, wobei bis zum Jahresende 2008 370.444 Aktien mit Anschaffungskosten von TEUR 1.829 erworben wurden. Die eigenen Anteile, die in 2008 zum Bilanzstichtag auf einen Kurswert in Höhe von TEUR 315 abgeschrieben wurden, wurden in 2009 um TEUR 285 zugeschrieben auf einen Wert von TEUR 600. Bis zum 31. Dezember 2009 wurden die Buchwerte der eigenen Anteile in Höhe von TEUR 600 auf der Aktivseite im Umlaufvermögen gezeigt; auf der Passivseite erhöhten sie den Bilanzverlust zur Bildung einer Rücklage für eigene Anteile gemäß § 272 Abs. 4 HGB. Im Rahmen der Umstellung auf BilMoG wurden im Abschluss 2010 die eigenen Aktien zum Nennwert von einem Euro pro Aktie vom gezeichneten Kapital abgesetzt (TEUR 370). Die Rücklage für eigene Anteile wurde in die anderen Gewinnrücklagen umgliedert. Der Unterschiedsbetrag zwischen fortgeführten Anschaffungskosten und Nennwert wurde sodann mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 95 % gegenüber 91 % im Vorjahr und hat damit wieder das Niveau von 2008 erreicht (die Vergleichbarkeit ist auf Grund der BilMoG-Umstellungseffekte jedoch eingeschränkt). Die kurzfristig fälligen Verpflichtungen werden vollständig durch die kurzfristig realisierbaren Vermögenswerte gedeckt.

Die sonstigen Rückstellungen verringerten sich primär in Folge der Beendigung des Rechtsstreits mit mSE / PointOut um TEUR 591 auf TEUR 656. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich nur unwesentlich.

Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich von TEUR -10.975 im Jahr 2009 auf TEUR 9.868.

Hier machen sich höhere Umsatzerlöse aus Beratungsleistungen für die Tochtergesellschaften von TEUR 1.073 (Vorjahr TEUR 851) bemerkbar. Im Gegensatz zum Geschäftsjahr 2009 hat sich der Personalaufwand im Vergleich zu 2009 im Geschäftsjahr 2010 um TEUR 157 erhöht. Die Anzahl der Beschäftigten stieg dabei auf 11 Mitarbeiter einschließlich der Vorstände.

Höhere Erträge aus Gewinnabführungsverträgen TEUR 10.795 (Vorjahr 7.975) beeinflussten das Ergebnis positiv. Das Zinsergebnis einschließlich der Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens betrug im Jahr 2010 TEUR 789 (im Vorjahr TEUR 1.084).

Positiv hat sich insbesondere auch ausgewirkt, dass außerordentliche Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere, die das Vorjahresergebnis i. H. v. TEUR 17.853 negativ beeinflusst hatten, im Geschäftsjahr 2010 nicht anfielen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von TEUR 1.730 (im Vorjahr TEUR 226) berücksichtigt. Dies führt zu dem erwähnten Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von TEUR 8.121 (im Vorjahr TEUR -11.201). Zusammen mit dem Verlustvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von TEUR 22.591, wird der Jahresüberschuss zu einem Bilanzverlust in Höhe von TEUR 14.470 übergeleitet.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Cash-Poolings mit der FP GmbH. Der Saldo beläuft sich auf eine Verbindlichkeit in Höhe von TEUR 102 (Vorjahr: TEUR 1.254).

4. Forschung und Entwicklung

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten werden im Wesentlichen bei der Francotyp-Postalia GmbH erbracht.

Ausrichtung der Aktivitäten

Schwerpunkt im Berichtszeitraum 2010 war die Neu-Entwicklung der Frankiersystem-Plattform Phoenix. Sie besteht aus einem Grundgerät, das in 4 Geschwindigkeitsvarianten angeboten wird, einer automatischen Briefzuführung sowie An- und Ablage. Zahlreiche Innovationen im Bereich der Mechatronik, der Software-Steuerung und des Distributionsprozesses kennzeichnen diese neueste Frankierplattform. Der Start der Serienproduktion ist im zweiten Quartal 2012 geplant.

Für die Frankiersystemmodelle mymail, optimail30, ultimail und centormail wurden 35 Ländervarianten neu entwickelt beziehungsweise verbessert, indem entweder neue Betriebssoftware oder ein Update einer bestehenden Betriebssoftware erzeugt wurde. Die Modellpalette wird dadurch beständig in neue Märkte hinein erweitert und in bestehenden Märkten auf neue Anforderungen ausgerichtet. Die österreichische Post führte maschinell lesbare Frankierabdrucke ein. Im britischen Markt wurden Frankiersysteme befähigt, neben den bekannten Frankierabdrucken für die Royal Mail alternativ Frankierabdrucke für drei private Zusteller zu erzeugen, so dass Kunden den preiswertesten Zusteller wählen können.

Im Dezember wurde das postalische Zulassungsverfahren im französischen Markt eröffnet. Ein weiterer wichtiger neuer Markt ist Indien. Hier wurden die letzten Optimierungen vorgenommen, um die postalische Zulassung im kommenden Jahr zu erreichen.

Zunehmender Bedarf besteht an neuen Lösungen zur Vernetzung von Frankiersystemen und an der Weiterverarbeitung von Daten, die von Frankiersystemen erfasst worden sind. Für den US-Markt wurde die neue PC-Software mailOne™ entwickelt, die Nutzern einer ultimail oder centormail drei Vorteile bietet: Sie können ihr Frankiersystem vom PC aus in übersichtlicher Weise bedienen, sie können alle für die Buchhaltung nötigen Kostenberichte erzeugen und ausdrucken und sie können Aufkleber für die Freimachung von Päckchen und Paketen erzeugen und ausdrucken, was von der US Postgesellschaft besonders rabattiert wird. Weiterhin wurde die PC-Software mailReport entwickelt, die insbesondere auf das Erstellen von Kostenberichten in verschiedenen Ländern spezialisiert ist.

Anders als in der Telekom-Industrie und in vielen E-Commerce Plattformen werden weltweit Porti üblicherweise vorausbezahlt und nicht beispielsweise am Monatsende per Rechnung abgerechnet. Daher sind die vorausbezahlten elektronischen Portowerte besonders gegen Manipulation zu schützen. Auf diesem Gebiet berät der Bereich Forschung und Entwicklung viele Postgesellschaften bei der Weiterentwicklung ihrer Sicherheitsanforderungen und sorgt für deren Umsetzung innerhalb der internationalen Server-Infrastruktur der FP-Gruppe. Das Jahr 2010 war gekennzeichnet von wesentlichen länderübergreifenden Verschärfungen der Sicherheitsanforderungen in einschlägigen Standards der amerikanischen und europäischen Behörden für die IT-Sicherheit.

Zusätzlich leistet der Bereich Vorentwicklung auf den Gebieten des dynamischen Wiegens, des digitalen Druck, der Internettechnologien und der IT-Sicherheit/Kryptographie, um Produktinnovationen vorzubereiten.

Alle Produkt-Innovationen sind darauf gerichtet, die sich wandelnden Kundenprozesse besser zu bedienen, als es mit bestehenden Produkten gelingt und dadurch einen Beitrag zur Steigerung der Produktivität unserer Kunden zu leisten. Mit der Weiterentwicklung zu einem Komplettanbieter gewinnen hierbei die Integration von Software- und Serverkonzepten sowie die Entwicklung von Schnittstellen für das Outsourcing an Bedeutung.

Ende 2009 wurde die InovoLabs GmbH als 100 %-Tochter der FP Holding AG gegründet. Der Geschäftszweck der InovoLabs umfasst Entwicklungs-, Beratungs- und Onlinedienstleistungen. Weitere Bereiche sind die Übernahme und Betreuung von Entwicklungsprojekten, der Vertrieb von Innovationsprodukten sowie die Arbeitnehmerüberlassung.

Ergebnisse

Das vergangene Jahr war geprägt von Entwicklungsarbeiten für die neue Maschinengeneration Phoenix, die Entwicklung von Ländervarianten sowie laufenden Optimierungen der bestehenden Produkte. Im Vordergrund standen zudem Prozessinnovationen bei der Einbindung von Outsourcing- und Konsolidierungsdienstleistungen in bestehende Lösungen.

5. Umwelt- und Arbeitnehmerbelange

Umwelt- und Ressourcenschutz gewinnen national und international zunehmend an Bedeutung. Die FP-Gruppe sieht darin konsequenterweise einen Teil der Verantwortung, die sie für Mitarbeiter, Kunden, Partner und Nachbarn übernimmt. Im Vordergrund steht der verantwortungsbewusste Umgang mit Ressourcen und Materialien. An alle Prozesse und Verfahren werden strenge Umweltschutzkriterien angelegt, so dass das Unternehmen sämtliche umweltrechtliche Vorschriften jederzeit einhalten kann.

Die FP-Gruppe ist sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und unterstützt beispielsweise Mitmenschen mit Beeinträchtigungen. So achtet die Tochtergesellschaft freesort seit der Gründung auf Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit. Das Unternehmen beschäftigt zahlreiche Taubstumme und Gehörlose und wurde dafür von der Stadt Frankfurt am Main als barrierefreier und behindertenfreundlicher Betrieb ausgezeichnet. Im vergangenen Jahr gewann das Unternehmen den deutschen Arbeitsplatzinvestor-Preis in der Kategorie „Behinderten-Arbeitsplätze“, verliehen vom Wirtschaftsclub Rhein-Main und der Bundesagentur für Arbeit. Hiermit werden jährlich Unternehmen ausgezeichnet, die sich in herausragender Weise ihrer Verantwortung bewusst sind, Arbeitsplätze zu schaffen.

6. Erläuternder Bericht des Vorstands gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Nachstehend informiert die FP-Gruppe über die verpflichtenden Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB. Es handelt sich dabei insgesamt um Regelungen, die bei börsennotierten Unternehmen üblich sind und nicht dem Zweck der Erschwerung etwaiger Übernahmeveruche dienen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 1 HGB (Gezeichnetes Kapital)

Am 31. Dezember 2010 betrug das Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG 14.700.000 Euro. Es ist in 14.700.000 Stückaktien eingeteilt.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 2 HGB (Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen)

Jede Aktie berechtigt zur Abgabe einer Stimme in der Hauptversammlung. Beschränkungen betreffend der Stimmrechte oder deren Übertragung bestehen nicht. Zum 31. Dezember 2010 lag der Bestand an eigenen Aktien bei 370.444. Dies entspricht einem Anteil von 2,5 % des Grundkapitals. Bei eigenen Aktien werden keine Stimmrechte ausgeübt. Etwaige Beschränkungen, die sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben könnten, sind dem Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG nicht bekannt.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 3 HGB (Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten)

Zum 31. Dezember 2010 hielt die Amiral Gestion mit Sitz in Paris, Frankreich, 11,30 % am Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG. Dies entspricht 1.660.679 Aktien.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 4 HGB (Aktien mit Sonderrechten)

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 5 HGB (Stimmrechtskontrolle bei Arbeitnehmerbeteiligung)

Es existieren keine Stimmrechtskontrollen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 6 HGB

(Gesetzliche Bestimmung der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung)

Gemäß Ziffer 6 Abs. 2 der Satzung der Francotyp-Postalia Holding AG erfolgen die Bestimmung der Anzahl der Vorstandsmitglieder, deren Bestellung sowie der Widerruf ihrer Bestellung durch den Aufsichtsrat. Nach Ziffer 6 Abs. 3 der Satzung kann der Aufsichtsrat einem Aufsichtsratsausschuss den Abschluss, die Änderung und Beendigung von Anstellungsverträgen der Vorstandsmitglieder übertragen.

Die Satzung schreibt in Ziffer 23 Abs. 1 vor, dass die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, falls das Gesetz oder die Satzung nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben, fasst. Stimmenenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Darüber hinaus kann der Aufsichtsrat gemäß Ziffer 15 Abs. 2 der Satzung Satzungsänderungen vornehmen, die nur die Fassung betreffen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 7 HGB

(Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen)

Genehmigtes Kapital

Mit Beschluss vom 16. Oktober 2006 hat die Hauptversammlung den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 15. Oktober 2011 durch Ausgabe von bis zu 6.000.000 Stück neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals, insgesamt um bis zu 6.000.000 Euro zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Die neuen Stückaktien sind grundsätzlich den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand wurde jedoch ermächtigt, Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und darüber hinaus das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszuschließen,

- sofern die neuen Aktien gegen Sacheinlagen ausgegeben werden, um Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, und sofern der Erwerb des Unternehmens oder der Beteiligung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt;
- für einen Anteil am genehmigten Kapital in Höhe von bis zu insgesamt 1.200.000 Euro, sofern (i) die neuen Aktien gegen Bareinlagen zu einem Ausgabebetrag ausgegeben werden, welcher den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet, und (ii) der zusammengekommene, auf die Anzahl der ausgegebenen Aktien aus genehmigtem Kapital entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals zusammen mit anderen gemäß oder entsprechend § 186 Abs. 3 S. 4 AktG ausgegebenen oder veräußerten Aktien insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – des zum Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung bestehenden Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreitet;
- für einen Anteil am genehmigten Kapital in Höhe von bis zu insgesamt 1.200.000 Euro, um die neuen Aktien an Mitarbeiter der Gesellschaft oder Mitarbeiter einer ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Konzernunternehmen im Sinne des § 18 AktG auszugeben, wobei die Ausgabe der Belegschaftsaktien auch zu einem Vorzugspreis erfolgen kann.

Bedingtes Kapital

Am 16. Oktober 2006 hat die Hauptversammlung beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um einen Betrag von bis zu 6.000.000 Euro durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien mit einem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1,00 Euro bedingt zu erhöhen (bedingtes Kapital). Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Rechten an Inhaber von Options- oder Wandlungsrechten bzw. die zum Umtausch oder zur Wandlung Verpflichteten aus Options- und Wandelschuldverschreibungen, die bis zum 15. Oktober 2011 (einschließlich) von der Francotyp-Postalia Holding AG oder einem unmittelbaren oder mittelbaren Konzernunternehmen der Francotyp-Postalia Holding AG im Sinne des § 18 AktG gemäß vorstehender Ermächtigung des Vorstandes durch die Hauptversammlung ausgegeben bzw. garantiert werden und soweit nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zu gemäß jeweils durch Beschluss festzulegenden Options- bzw. Wandlungspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur im Falle der Begebung von Options- und/oder Wandlungsschuldverschreibungen und nur insoweit durchgeführt, wie von den daraus resultierenden Options- bzw. Wandlungsrechten bzw. von der Umtausch- bzw. Wandlungspflicht Gebrauch gemacht wird.

Wandel- und Optionsrechte

Der Vorstand wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 16. Oktober 2006 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 15. Oktober 2011 einschließlich einmalig oder mehrmals, insgesamt oder in Teilbeträgen Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen (Options- und Wandelschuldverschreibungen im Folgenden zusammenfassend auch „Teilschuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 200.000.000 Euro mit einer Laufzeit von längstens dreißig Jahren auszugeben und den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen Optionsrechte bzw. den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte für auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu 6.000.000 Euro nach näherer Maßgabe der Anleihebedingungen zu gewähren. Bislang ist keine Ausgabe von Aktien durch Nutzung des genehmigten oder des bedingten Kapitals erfolgt.

Bedingtes Kapital zur ausschließlichen Erfüllung von Bezugsrechten

Am 1. Juli 2010 hat die Hauptversammlung beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 1.045.000,00 Euro durch Ausgabe von bis zu 1.045.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien bedingt zu erhöhen. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Erfüllung von Bezugsrechten, die bis zum 30. Juni 2015 aufgrund der im Beschluss der Hauptversammlung vom gleichen Tag formulierten Bedingungen (vgl. unsere Ausführungen im Anhang) gewährt werden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der ausgegebenen Bezugsrechte von ihrem Recht zum Bezug von Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt. Die Ausgabe der Aktien aus dem bedingten Kapital erfolgt zu gemäß folgender von der Hauptversammlung beschlossener Bedingungen: „Der Ausübungspreis eines Bezugsrechts entspricht dem durchschnittlichen Börsenkurs (Schlusskurs) der Inhaber-Stückaktie der Gesellschaft im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main an den letzten 90 Kalendertagen vor der Gewährung des Bezugsrechts. Mindestausübungspreis ist jedoch der auf die einzelne Stückaktie entfallende anteilige Betrag am Grundkapital der Gesellschaft (derzeit Euro 1,00) (§ 9 Abs. 1 AktG).“

Die neuen Stückaktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, für das zum Zeitpunkt der Ausübung der Bezugsrechte noch kein Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, am Gewinn teil.

Ermächtigung zum Erwerb sowie zur Veräußerung eigener Aktien

Auf der ordentlichen Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG vom 1. Juli 2010 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die nach dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr gemäß den §§ 71d und 71e Aktiengesetz zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des jeweiligen Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgenutzt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 30. Juni 2015.

Der Erwerb eigener Aktien kann auf Grundlage der neuen Ermächtigung entweder über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots erfolgen.

Sofern bei einem öffentlichen Kaufangebot die Anzahl der angedienten Aktien die zum Erwerb vorgesehene Aktienanzahl übersteigt, kann der Erwerb unter Ausschluss des Andienungsrechts der Aktionäre nach dem Verhältnis der angedienten Aktien erfolgen, um das Erwerbsverfahren zu vereinfachen. Dieser Vereinfachung dient auch die bevorrechtigte Berücksichtigung geringer Stückzahlen bis zu 100 Stück angedienter Aktien je Aktionär.

Die Ermächtigung sieht vor, dass die erworbenen eigenen Aktien über die Börse oder im Wege eines an alle Aktionäre gerichteten Angebots wieder veräußert werden können. Darüber hinaus soll der Vorstand allerdings auch ermächtigt werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats

- eigene Aktien ohne einen weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen.
- eigene Aktien als Gegenleistung im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder als Gegenleistung beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran anzubieten und zu übertragen. Die aus diesem Grund vorgeschlagene Ermächtigung soll die Gesellschaft im Wettbewerb um interessante Akquisitionsobjekte stärken und ihr ermöglichen, schnell, flexibel und liquiditätsschonend auf sich bietende Gelegenheiten zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran zu reagieren. Dem trägt der vorgeschlagene Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre Rechnung. Die Entscheidung, ob im Einzelfall eigene Aktien oder Aktien aus einem genehmigten Kapital genutzt werden, trifft der Vorstand, wobei er sich allein vom Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft leiten lässt. Bei der Festlegung der Bewertungsrelationen wird der Vorstand sicherstellen, dass die Interessen der Aktionäre angemessen gewahrt werden. Dabei wird der Vorstand den Börsenkurs der Aktie berücksichtigen; eine schematische Anknüpfung an einen Börsenkurs ist indes nicht vorgesehen, insbesondere damit einmal erzielte Verhandlungsergebnisse durch Schwankungen des Börsenkurses nicht wieder in Frage gestellt werden können. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.
- eigene Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats auszugeben, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien bisher nicht notiert sind. Auf diesem Wege soll die Gesellschaft die Flexibilität erhalten, soweit dies aus Gründen der besseren langfristigen Eigenkapitalfinanzierung notwendig erscheint, Zweitnotierungen an ausländischen Börsen aufzunehmen. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.
- eigene Aktien gegen Barleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts an Dritte zu veräußern, z. B. an institutionelle Investoren oder zur Erschließung neuer Investorenkreise. Voraussetzung einer solchen Veräußerung ist, dass der erzielte Preis (ohne Erwerbsnebenkosten) den am Handelstag durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im XETRA Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse

AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet. Durch die Orientierung des Veräußerungspreises am Börsenkurs wird dem Gedanken des Verwässerungsschutzes Rechnung getragen und das Vermögens- und Stimmrechtsinteresse der Aktionäre angemessen gewahrt. Die Verwaltung wird sich bei Festlegung des endgültigen Veräußerungspreises – unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten – bemühen, einen etwaigen Abschlag vom Börsenkurs so niedrig wie möglich zu bemessen. Die Aktionäre haben grundsätzlich die Möglichkeit, ihre Beteiligungsquote durch Kauf von Aktien über die Börse aufrecht zu erhalten, während der Gesellschaft im Interesse der Aktionäre weitere Handlungsspielräume eröffnet werden, um kurzfristig günstige Börsensituationen auszunutzen. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.

- einzelnen Mitgliedern des Vorstands anstelle der von der Gesellschaft geschuldeten Barvergütung eigene Aktien anzubieten. Hintergrund dieser Ermächtigung sind Überlegungen des Aufsichtsrats, bereits fällige oder noch fällig werdende Gehaltsbestandteile des Vorstands nicht in bar, sondern in Aktien der Gesellschaft zu vergüten. Der Vorteil eines solchen Vorgehens läge nicht nur in der Schonung der Liquiditätsreserven der Gesellschaft, sondern auch in der Schaffung eines weiteren Anreizes für den Vorstand, den Unternehmenswert durch besondere Leistungen zu steigern und damit im Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft eine nachhaltige Kursentwicklung zu fördern. Einer wertmäßigen Verwässerung der bestehenden Aktienbeteiligungen wird dadurch entgegen gewirkt, dass der Preis, welcher bei der Ermittlung der Zahl der zu übertragenden eigenen Aktien zu Grunde gelegt wird, den am Tag der Angebotsunterbreitung durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreiten darf (ohne Erwerbsnebenkosten).
- eigene Aktien zur Bedienung von Bezugsrechten, die unter dem Aktienoptionsplan 2010 der Gesellschaft ordnungsgemäß ausgegeben und ausgeübt wurden, zu bedienen. Der Vorteil der Bedienung von Bezugsrechten unter dem Aktienoptionsplan 2010 mit eigenen Aktien liegt darin, dass die Gesellschaft nicht unter Ausnutzung des bedingten Kapitals neue Aktien ausgeben muss, mithin den damit für die bestehenden Aktionäre verbundenen Verwässerungseffekt vermeiden kann.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 8 HGB

Wesentliche Vereinbarungen des Mutterunternehmens, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen)

Am 7. August 2009 veröffentlichte die FP-Gruppe eine Meldung über den Abschluss eines weitreichenden Standortsicherungspakets mit ihren Arbeitnehmervertretungen sowie der IG Metall. Dieses Maßnahmenpaket beinhaltet eine Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten für eine Dauer von insgesamt 24 Monaten. Im Falle eines Kontrollwechsels endet dieser Vertrag und die eingesparten Gelder müssen nachgezahlt werden.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 9 HGB

(Entschädigungsvereinbarung des Mutterunternehmens für den Fall eines Übernahmeangebots)

Eine solche Vereinbarung bestand zum Stichtag 31. Dezember 2010 nicht.

7. Vergütung von Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsratsmitgliedern

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder umfasst die monetären Vergütungsteile, die Versorgungszusagen und die sonstigen Zusagen, insbesondere für den Fall der Beendigung der Tätigkeit, Nebenleistungen jeder Art und Leistungen von Dritten, die im Hinblick auf die Vorstandstätigkeit zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt werden. Entsprechend den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex umfassen die monetären Vergütungsteile sowohl fixe wie auch variable Bestandteile.

Durch Beschluss der Hauptversammlung wird die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder in der Satzung festgelegt. Die Aufsichtsratsvergütung trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder Rechnung und berücksichtigt sowohl den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz wie auch die mögliche Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist dabei nicht vorgesehen.

Gesamtbezüge von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. In den mit den Vorständen abgeschlossenen Dienstverträgen sind ein festes Jahresgehalt und ein erfolgsabhängiger Bonus, abhängig vom erzielten Cash Flow und EBITA, festgelegt.

Gemäß dem Standortsicherungsvertrag, der im August 2009 mit den Arbeitnehmervertretern und der IG Metall abgeschlossen worden ist, verzichteten die Vorstände auf 20 % ihres Einkommens.

Die direkte Vergütung des Vorstands betrug insgesamt TEUR 772, wovon TEUR 472 auf das feste Jahresgehalt inklusive der Zuschüsse zur Altersvorsorge und TEUR 26 auf Sachbezüge entfielen. Bei den angegebenen Boni handelt es sich um für das Geschäftsjahr 2010 zurückgestellte Werte. Im Geschäftsjahr 2010 wurden für den Vorstand Boni in Höhe von TEUR 108 für Herrn Szymanski und in Höhe von TEUR 108 für Herrn Drechsler ausgezahlt. Hierfür waren im Geschäftsjahr 2009 je Vorstandsmitglied Rückstellungen in Höhe von TEUR 76 gebildet worden. Die Sachbezüge bestehen im Wesentlichen aus den nach steuerlichen Vorgaben anzusetzenden Werten aus der Dienstwagennutzung sowie den individuellen Versicherungsbeiträgen.

Die ordentliche Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG vom 1. Juli 2010 hat beschlossen, an Mitglieder der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG und an Führungskräfte der FP-Gruppe Bezugsrechte auszugeben, die die Inhaber dazu berechtigen, insgesamt maximal 1.045.000 Aktien gegen Zahlung des Ausübungspreises zu beziehen (Aktienoptionsplan). Aus diesem Aktienoptionsplan sind dem Vorstand je 180.000 – insgesamt 360.000 Aktienoptionen – gemäß Beschluss der Hauptversammlung zugeteilt worden, eine Option hat einen beizulegenden Zeitwert von 1,37 Euro.

Die dem Vorstand gewährten Bezüge stellen sich wie folgt dar:

TEUR	Fixes Entgelt	Sach-bezüge und Zuschüsse	Boni ¹⁾	Boni (Rück-stellung)	Gesamt-vergütung
Hans Szymanski	244 (2009: 260)	11 (2009: 26)	32 (2009: 0)	96 (2009: 76)	383 (2009: 362)
Andreas Drechsler	228 (2009: 179)	15 (2009: 15)	32 (2009: 0)	96 (2009: 76)	371 (2009: 270)
Dr. Heinz-Dieter Sluma (bis Februar 2009)	0 (2009: 47)	0 (2009: 6)	0 (2009: 0)	0 (2009: 0)	0 (2009: 53)
Gesamtbezüge für das Geschäftsjahr	472 (2009: 486)	26 (2009: 47)	64 (2009: 0)	192 (2009: 152)	754 (2009: 685)

¹⁾ Boni für Vorjahre, die nicht über Rückstellungen per 31.12.2009 gedeckt waren.

Das fixe Entgelt enthält Zuschüsse zur Altersvorsorge in Höhe von TEUR 76 (2009: TEUR 71) für Herrn Szymanski, TEUR 76 (2009: TEUR 60) für Herrn Drechsler und TEUR 0 für Herrn Dr. Sluma (2009: TEUR 2).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den aktiven Vorstandsmitgliedern sind wie im Vorjahr nur unwesentliche Beträge zurückgestellt (2010: TEUR 1; 2009: TEUR 1).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern der Francotyp-Postalia Holding AG sind insgesamt TEUR 334 (im Vorjahr TEUR 294) zurückgestellt. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält neben dem Ersatz seiner baren Auslagen und seiner ihm für die Aufsichtsratsstätigkeit etwa zur Last fallenden Umsatzsteuer geschäftsjährlich eine feste im letzten Monat des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von TEUR 30. Für den Vorsitzenden beträgt die feste Vergütung ab dem Geschäftsjahr 2009 150 % und für seinen Stellvertreter 125 % der Vergütung für das normale Aufsichtsratsmitglied.

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Christoph Weise, hat auf die ihm zustehende Vergütung für die Jahre 2008, 2009 und 2010 verzichtet. Die Festvergütung des Aufsichtsrats betrug somit für das Geschäftsjahr 2010 TEUR 75 (Vorjahr: TEUR 75).

Prof. Dr. Michael Hoffmann (Vorsitzender)	TEUR 45
Christoph Weise (Stellvertreter)	TEUR 0
Dr. Claus Gerckens	TEUR 30

8. Risiko- und Chancenbericht

8.1 Risiko- und Chancenmanagementsystem

Unternehmerisches Handeln ist mit einer Vielzahl an Chancen und Risiken verbunden. Die FP-Gruppe muss die inhärenten Risiken des laufenden Geschäfts kennen und managen, um langfristig am Markt erfolgreich zu sein. Die Risikopolitik der FP-Gruppe ist darauf ausgerichtet, den Bestand des Unternehmens nachhaltig zu sichern sowie die Wettbewerbsfähigkeit kontinuierlich zu verbessern. Hierzu hat der Vorstand ein integriertes Chancen- und Risikomanagementsystem eingerichtet, das in die wertorientierte Steuerung und die bestehenden Organisationsstrukturen des Konzerns eingebunden ist.

Das Risiko- und Chancenmanagement leitet das Unternehmen insbesondere aus den strategischen Zielen ab, um ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis zu erreichen. Für das frühzeitige und regelmäßige Identifizieren, Bewerten und Organisieren von Chancen ist das operative Management in den Geschäftsbereichen und in den Tochtergesellschaften verantwortlich. Der Konzern beschäftigt sich intensiv mit detaillierten Markt- und Wettbewerbsanalysen, Prognoseszenarien, relevanten Kostentreibern und kritischen Erfolgsfaktoren auch im politischen Umfeld. Daraus werden ebenfalls konkrete Chancen- und Risikopotenziale für die spezifischen Geschäftsbereiche entwickelt.

Ein Überwachungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG ist eingerichtet. Dieses System dient der (Früh-)Erkennung bestandsgefährdender Risiken für den FP-Konzern.

Einmal im Jahr werden alle rechtlichen Risiken, Geschäftsrisiken, Betriebsrisiken und Finanzrisiken im FP-Konzern inventarisiert. Alle erfassten Risiken werden nach Maßgabe der möglichen Schadenshöhe und der Eintrittswahrscheinlichkeit danach beurteilt, ob sie bestandsgefährdend sind. Die bestandsgefährdenden Risiken werden gesondert festgehalten und weiter beobachtet.

8.2 Marktbezogene Risiken

8.2.1 Gesamtwirtschaftliche Risiken

Wesentliche Risiken für den FP-Konzern und damit für die Gesellschaft ergeben sich aus der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung sowie aus Wechselkursrisiken.

Die FP-Gruppe ist teilweise einem zyklischen Investitionsverhalten der Kunden ausgesetzt: die gesamtwirtschaftliche Konjunktur beeinflusst die Geschäftsentwicklung der FP-Gruppe. Die mehr als 85-jährige Historie des Unternehmens hat jedoch immer wieder gezeigt, dass die Risiken der Konjunkturzyklen beherrschbar sind. Darüber hinaus sind rund 75 % der Umsätze der FP-Gruppe wiederkehrende Erträge aus Serviceverträgen, dem Mietgeschäft, dem Verkauf von Verbrauchsmaterialien sowie den Postdienstleistungen und Softwarelösungen. Die wiederkehrenden Erträge sind erheblich weniger von konjunkturellen Schwankungen betroffen als das Neugeschäft. Insgesamt sind aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erkennen.

Währungsrisiken ergeben sich daraus, dass die FP-Gruppe Erlöse teilweise in anderen Währungen erzielt, als die entsprechenden Kosten. Das Unternehmen erwirtschaftet etwa ein Drittel des Gesamtumsatzes in den USA, Kanada und Großbritannien. Einige Tochterunternehmen der FP-Gruppe bilanzieren in Fremdwährungen. Insbesondere der Euro/US-Dollar-Kurs ist für das Ergebnis der FP-Gruppe von Bedeutung. Ein Anstieg des Euro wirkt bei-

spielsweise nachteilig auf die in Euro ausgewiesenen Umsatzerlöse und den Cash Flow. Die FP-Gruppe begegnet den Währungsrisiken mit Hedgegeschäften am Finanzmarkt (siehe auch unter Währungsrisiko im Abschnitt 8.5.1).

8.2.2 Branchenspezifische Risiken

Veränderte Marktstruktur

Die Gesetzgeber öffnen den europäischen Briefmarkt für den Wettbewerb, dies regelt die EU-Richtlinie (Richtlinie 2002/39/EG) zur weiteren Liberalisierung des Marktes für Postdienste in der Gemeinschaft. Die erforderliche Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht wird voraussichtlich dazu führen, dass künftig mehrere Anbieter von Postdienstleistungen in den nationalen Postmärkten tätig sein werden.

Der deutsche Postmarkt ist bereits seit dem 1. Januar 2008 vollständig liberalisiert. Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen („Bundesnetzagentur“) hat mittlerweile mehrere hundert Lizenzen an verschiedene Anbieter von Postdienstleistungen erteilt. Es ist möglich, dass die neuen Anbieter ihre Leistungen ausweiten, Marktanteile gewinnen und ihre Post ohne Freimachung befördern, wodurch sich der Bedarf an Frankiermaschinen insgesamt verringern könnte.

Einen großen Einfluss auf die Entwicklung des liberalisierten Postmarktes in Deutschland hat auch die gesetzliche Anpassung der Umsatzsteuerpflicht für Postdienstleistungen. Nach mehreren Anläufen beschlossen Bundestag und Bundesrat im März 2010 eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Die Deutsche Post AG bleibt weiterhin im Privatkundensektor von der Umsatzsteuer befreit, wird aber im Geschäftskundenbereich umsatzsteuerpflichtig. Die Neuregelung trat zum 1. Juli 2010 in Kraft. Diese Entwicklung kann auch auf anderen europäischen bzw. internationalen Postmärkten eintreten, auf denen die FP-Gruppe tätig ist. Dies könnte wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben, da z.B. die Attraktivität des Geschäftsmodells für Kunden, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, sinkt.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, wie sich der Bereich der privaten Postdienstleister entwickelt. Die Einführung des Mindestlohnes für Zusteller hatte den Liberalisierungsprozess stark beeinflusst und den Wettbewerbsdruck im Briefgeschäft verringert. Im Januar 2010 hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden, dass der Mindestlohn unwirksam ist. Die weitere Entwicklung ist offen, Experten rechnen jedoch mit verbesserten Chancen für private Brief- und Zustelldienste.

Verändertes Nutzerverhalten

Durch den Einsatz neuer Technologien im Postausgangsmarkt und durch die Zunahme von privaten Briefdienstleistern kann sich der Bedarf an Frankiermaschinen verringern. Dies kann die Nachfrage hin zu kleineren Frankiermaschinen verschieben sowie Marktanteile und Preise verändern. Diesem Risiko steht eine Chance gegenüber, denn mit ihren Tochtergesellschaften freesort und iab partizipiert die FP-Gruppe sowohl an der Liberalisierung wie am technologischen Fortschritt. Durch Lösungen wie Konsolidierung, Outsourcing und Hybrid-Mail hat die FP-Gruppe die Voraussetzungen geschaffen, künftig von den Veränderungen der Postmärkte und dem sich verändernden Nutzerverhalten profitieren zu können. Aber auch die Einführung neuer innovativer Frankiermaschinenfamilien bietet die Chance, mittels eines höheren Kundennutzens positive Effekte zu erzielen.

Darüber hinaus zeigen Marktbeobachtungen, dass große Frankiermaschinen aus dem C-Segment einen Rückgang verzeichnen. Diese werden häufig durch den Wechsel zu digitalen Lösungen ersetzt. Ebenfalls ist ein „Downgrading“ hin zu kleineren Maschinen aus dem A-Segment zu beobachten. Hierin besteht eine Chance für die FP-Gruppe, die im A-Segment tätig ist.

Im Bereich der Sammelkommunikation, also die individualisierte Tagespost, die zentral zusammengefasst wird, einem wichtigen Geschäft der iab GmbH, beobachtet der Konzern in zunehmendem Maße das Aufkommen von Mitbewerbern. Die FP-Gruppe begegnet diesem Risiko durch eine Verzahnung der Bereiche „Frankieren und Kuvertieren“ sowie „Softwarelösungen und Dienstleistungen“. Der Konzern bündelt seine Potenziale als Dienstleister für die gesamte Briefkommunikation.

Nichtsdestotrotz handelt es sich sowohl bei der freesort GmbH als auch bei der iab GmbH um junge Unternehmen, die sich weiterhin in der Wachstumsphase befinden. Somit besteht das Risiko, die angestrebten Wachstumsziele, Skaleneffekte, Kosteneinsparungen, Margenvorteile oder sonstigen Synergiepotenziale nicht verwirklichen zu können. Die FP-Gruppe beobachtet die Branchenrisiken sehr genau, da sie Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben könnten. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

8.3 Unternehmensstrategische Risiken

Die FP-Gruppe strebt profitables und nachhaltiges Wachstum an. Dieses Kriterium ist grundsätzlich auch die entscheidende Maßgabe für Investitionen und Akquisitionen bzw. Beteiligungen an Unternehmen. Unternehmensstrategische Risiken beinhalten im Wesentlichen Fehleinschätzungen bei Entscheidungen zu Investitionen und möglichen M&A-Aktivitäten. Ebenso können Risiken daraus resultieren, dass sich Erwartungen, die beispielsweise in Investitionen gesetzt wurden, nicht erfüllen. Die FP-Gruppe unterzieht die in der Konzernbilanz aktivierten Firmenwerte von freesort und iab laufend einem Werthaltigkeitstest. Die Notwendigkeit einer Abschreibung hätte zwar keine Auswirkung auf das EBITDA, jedoch auf das Eigenkapital. Das Engagement in Indien oder Frankreich kann unter Umständen nicht zu dem angestrebten Erfolg führen.

Die in den Jahren 2011/2012 bevorstehende Verlagerung der Produktion von Birkenwerder nach Wittenberge birgt Risiken, dass einerseits Know-how in der Produktion abfließt und andererseits die Verlagerung nicht plan- und zeitmäßig verläuft. Diese Risiken werden durch laufende Reportings beim Anlauf der neuen Produktion und die sorgfältige Auswahl und Schulung der neuen Mitarbeiter minimiert. Eine regelmäßige Überprüfung des Aufbaus der neuen Produktion reduziert zudem die möglichen Risiken aus einer Überschreitung der Zeitpläne. Darüber hinaus überprüft das Unternehmen laufend den Stand des Produktionsprozesses, um die Risiken der Verlagerung insgesamt zu minimieren.

Mit frühzeitigen Chancen- und Risikoanalysen und hoch qualifizierten Spezialisten in der Entscheidungsphase, gegebenenfalls unterstützt durch externe Berater, begrenzt die FP-Gruppe unternehmensstrategische Risiken. Derzeit sieht das Unternehmen keine strategischen Risiken, die zu einer Bestandsgefährdung führen könnten.

8.4 Leistungswirtschaftliche Risiken

8.4.1 Beschaffungs- und Einkaufsrisiken

Die FP-Gruppe ist in einigen Bereichen der Rohstoffversorgung sowie bei der Bereitstellung von Dienstleistungen von Lieferanten und Drittanbietern abhängig. Lieferantenausfälle, Qualitätsprobleme und Lieferengpässe bei speziellen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen könnten zu potenziellen Beschaffungsrisiken führen. Mit gezielter Lieferantenauswahl, langfristigen Liefervereinbarungen und Qualitätsstandards minimiert die FP-Gruppe diese Risiken. Das Unternehmen schätzt das Beschaffungsrisiko insgesamt als gering ein.

8.4.2 Produktionstechnische Risiken

Mögliche Produktionsrisiken erkennt das Unternehmen frühzeitig durch den Einsatz von Überwachungs- und Kontrollsystemen. Mit zahlreichen Maßnahmen zur Qualitätssicherung, Zertifizierungen und durch die ständige Weiterentwicklung der Anlagen und Produkte werden die Risiken verringert. Aufgrund der Vorsorgemaßnahmen bewertet das Unternehmen mögliche Produktionsrisiken als moderat.

8.4.3 Informationstechnische Risiken

Das Unternehmen begegnet möglichen IT-Risiken durch den Einsatz moderner Hard- und Software nach aktuellen Sicherheitsstandards. Um Geschäftsprozesse sicher abzuwickeln, überprüft das Unternehmen regelmäßig die IT-Systeme. Die FP-Gruppe minimiert solche Risiken zudem durch den Einsatz ausgebildeter Experten und durch professionelles Projektmanagement. Das Unternehmen schätzt mögliche Gefahren im Zusammenhang mit der Informationssicherheit oder Risiken aus der verwendeten Informationstechnologie als gering ein.

8.4.4 Personalrisiken

Der Erfolg des Unternehmens ist maßgeblich vom Engagement, der Motivation und den Fähigkeiten seiner Mitarbeiter abhängig. Es bestehen Risiken, Leistungsträger für offene Stellen nicht zu finden bzw. sie nicht halten zu können. Die FP-Gruppe begrenzt diese Risiken durch leistungsgerechte Vergütungen und flexible, an den Interessen der Beschäftigten orientierte Arbeitsbedingungen. Wichtige Positionen werden regelmäßig im Hinblick auf eine vorausschauende Nachfolgeplanung analysiert und geeignete Kandidaten auf diese Aufgaben vorbereitet. Dabei ist die schriftliche Dokumentation von Wissen von Vorteil. Insgesamt sind die Personalrisiken als gering einzustufen.

8.5 Finanzrisiken

Der FP-Konzern ist im Rahmen seines Geschäfts bestimmten finanziellen Risiken ausgesetzt, die Währungsschwankungen, Zinsänderungsrisiken, Liquiditätsengpässe und Forderungsausfälle umfassen. Das Risikomanagementsystem des Konzerns berücksichtigt die Unvorhersehbarkeit der Finanzmärkte und soll negative Auswirkungen auf die Ertragslage des Konzerns minimieren. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich der Konzern bestimmter Finanzinstrumente. Diese werden generell zur Absicherung bestehender Grundgeschäfte oder geplanter Transaktionen eingesetzt. Der Handlungsrahmen, die Verantwortlichkeiten, die finanzwirtschaftliche Berichterstattung und die Kontrollmechanismen für Finanzinstrumente sind durch konzerninterne Regelungen festgelegt. Hierzu gehört eine Funktionstrennung zwischen Erfassung und Kontrolle der Finanzinstrumente. Die Währungs-, Zinsände-

rungs- und Liquiditätsrisiken des FP-Konzerns werden zentral gesteuert. Das Unternehmen stuft die Finanzrisiken als beherrschbar ein.

8.5.1 Währungsrisiko

Aufgrund der internationalen Ausrichtung ist die FP-Gruppe Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. So befinden sich die Tochtergesellschaften in Großbritannien, Schweden, Singapur, Kanada und den USA außerhalb des Euro-Währungsraums. Um die Währungsrisiken zu begrenzen, ist der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten vorgesehen.

Die Währungsrisiken aus den künftig erwarteten Zahlungseingängen in US-Dollar werden teilweise abgesichert, indem diese zur Tilgung eines am 20. April 2005 aufgenommenen Darlehens verwendet werden, welches ebenfalls in US-Dollar besteht. Darüber hinaus bestehen Sicherungsgeschäfte für Konvertierungen von US-Dollar in Euro in 2011. Das Unternehmen schätzt mögliche Risiken in diesem Bereich als beherrschbar ein.

8.5.2 Zinsänderungsrisiko

Das Risiko aus Schwankungen der Marktzinssätze resultiert überwiegend aus den langfristigen Verbindlichkeiten mit einem variablen Zinssatz. Die Zinsstruktur des neuen Konsortialkreditvertrages ist bis Ende 2013 festgeschrieben.

Am 18. Juni 2007 hat das Unternehmen ein Zins-Swap-Geschäft in US-Dollar mit einem Nominalbetrag von 18,1 Mio. US-Dollar und einer Laufzeit bis zum 30. November 2011 abgeschlossen. Der Bezugsbetrag reduziert sich über die Laufzeit in Höhe der gemäß dem Rahmenkreditvertrag planmäßig vorzunehmenden Tilgungen. Im Rahmen des Zins-Swap-Geschäfts tauscht der Konzern variable 6-Monats-Libor-Zinszahlungen gegen einen Festsatz von 4,29 % p. a. Der Marktwert dieses Instruments wird anhand des am Bilanzstichtag quotierten Preises des Kontrahenten ermittelt.

Zum 30. Juni 2006 wurden auch Volumina in EUR mit einem Cap-Geschäft in Form einer Höchstzinssatzvereinbarung gesichert (Laufzeit: fünf Jahre; Ende: 30. Juni 2011). Der Bezugsbetrag beträgt per 31. Dezember 2010 TEUR 2.039 mit einem Höchstsatz von 3,5 % p. a. und einem Basis-Zinssatz in Höhe des 6-Monat-EURIBOR. Es besteht kein direktes Zinsänderungsrisiko für die Laufzeit des Sicherungsgeschäftes.

Zum 30. Dezember 2009 wurde ein weiteres Cap-Geschäft in Form einer Höchstzinssatzvereinbarung mit Enddatum 30. November 2011 abgeschlossen. Der Bezugsbetrag hat die Höhe von TEUR 5.000 mit einer Cap-Rate von 3,5 % p.a. und einem Basis-Zinssatz in Höhe eines 3-Monat-EURIBOR. Der Marktwert des Caps beträgt zum 31.12.2010 weniger als 1 TEUR.

Insgesamt sind die Risiken aus Zinsänderungen als beherrschbar einzustufen.

8.5.3 Liquiditätsrisiko

Dem Liquiditätsrisiko begegnet der Konzern mit einer auf den gesamten Konzern ausgerichteten Liquiditätsvorschau mit einem festen Planungshorizont und nicht ausgenutzten Kreditlinien. Der Konzern hat gemäß dem mit den Banken abgeschlossenen Kreditvertrag eine bestimmte Finanzkennzahl (Covenant) einzuhalten, die sich aus dem Verhältnis von Nettoverschuldung zu EBITDA errechnet, wobei diese beiden Werte gemäß Kreditvertrag bezogen auf bestimmte Positionen in geringem Umfang korrigiert werden. Ende 2008 wurde diese Finanzkennzahl nach Verhandlung mit den beteiligten Banken an die aktuellen Gegebenheiten

ten der FP-Gruppe angepasst. Hierbei ist auch eine weitergehende Reduzierung der Finanzkennzahl gegenüber dem Stand per 31.12.2009 vereinbart worden. Zum 31.12.2010 wurde die vereinbarte Finanzkennzahl eingehalten. Nach aktuellem Stand wird davon ausgegangen, dass diese Finanzkennzahl auch weiterhin eingehalten werden wird. Als Konsequenz der Nichteinhaltung der Finanzkennzahl hätte das Bankenkonsortium das vertragliche Recht, den Kredit fällig zu stellen. Es wird aber davon ausgegangen, sollte künftig diese Finanzkennzahl nicht eingehalten werden können, dass mit den beteiligten Banken auf dem Wege von Nachverhandlungen eine Einigung bezüglich der Fortführung des Kredits erzielt werden kann. Dies kann jedoch gegebenenfalls zu höheren Finanzierungsaufwendungen führen. Insgesamt hält die FP-Gruppe das Liquiditätsrisiko für überschaubar.

Im Februar 2011 konnte das Unternehmen die Konzernfinanzierung frühzeitig für weitere 3 bis 5 Jahre abschließen. Weitere Informationen hierzu finden sich im Nachtragsbericht.

Der FP Konzern erhält Zuwendungen als Förderung von Entwicklungsprojekten zur Deckung der zuwendungsfähigen Kosten als Anteilsfinanzierung. Die Zuwendungen sind mit einigen Auflagen verbunden, die nach jetzigem Kenntnisstand erfüllt werden. Allerdings kann es dazu kommen, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Zuwendungen in der Zukunft vor dem Hintergrund der anstehenden Produktionsverlagerung von Birkenwerder nach Wittenberge widerrufen bzw. zurückgefordert wird. Die Unternehmensleitung geht zurzeit davon aus, dass es hierzu nicht kommen wird.

8.5.4 Ausfallrisiko

Bei Vertragspartnern können finanzielle Probleme auftreten, die sich auf die Forderungen des FP-Konzerns auswirken. Vor Vertragsabschlüssen werden daher mögliche Risiken beurteilt und eventuelle Sicherungsmaßnahmen festgelegt.

Die bilanzierte Höhe der finanziellen Vermögenswerte gibt ungeachtet bestehender Sicherheiten das maximale Ausfallrisiko dafür an, dass Kontrahenten ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können. Für alle den originären Finanzinstrumenten zu Grunde liegenden Leistungsbeziehungen gilt: Um das Ausfallrisiko zu minimieren, verlangt die FP-Gruppe – in Abhängigkeit von Art und Höhe der jeweiligen Leistung – Sicherheiten und Kreditauskünfte. Zusätzlich werden Referenzen eingeholt oder historische Daten aus der bisherigen Geschäftsbeziehung herangezogen.

Das erkennbare Ausfallrisiko einzelner Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie das allgemeine Kreditrisiko des Konzerns werden durch entsprechende Einzelwertberichtigungen abgesichert. Grundsätzlich vermeidet der Konzern unkalkulierbare Geschäftsabschlüsse, so dass die FP-Gruppe diese Risiken für überschaubar und beherrschbar hält.

Bei sonstigen finanziellen Vermögenswerten des Konzerns, wie liquiden Mitteln, zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen und bestimmten derivativen Finanzinstrumenten, entspricht das maximale Kreditrisiko bei Ausfall des Kontrahenten dem Buchwert dieser Instrumente.

8.6 Sonstige Risiken

8.6.1 Umweltrisiken

Der Konzern unterliegt mit seiner Geschäftstätigkeit bestimmten Umweltschutzvorschriften. Insbesondere in der Fertigung kann es bei einer Verschärfung der Auflagen zu zusätzlichen Investitionskosten kommen. Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit haben für die FP-Gruppe eine zunehmende Bedeutung. Das Unternehmen schätzt die Risiken insgesamt als gering ein.

8.6.2 Rechtliche und steuerrechtliche Risiken

Gesetzesänderungen könnten die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns und der Tochtergesellschaften beeinträchtigen. Hieraus resultierende Belastungen schätzt das Unternehmen als moderat ein. Darüber hinaus bestehen bezüglich Verrechnungspreisen und allgemeinen (steuer-) rechtlichen Risiken aus noch möglichen Betriebsprüfungen für die Zeiträume nach dem Jahr 2002, mögliche Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

In Bezug auf die angestrebte Reorganisation und eine Verlagerung des Produktionsstandorts sind rechtliche Auseinandersetzungen mit betroffenen Mitarbeitern nicht auszuschließen.

Insgesamt stand die Gesellschaft in vier Rechtsstreitigkeiten, in denen sie verklagt wurde. Zwei dieser Rechtsstreitigkeiten betreffen bzw. betrafen nicht oder nur mittelbar zahlungswirksame Ansprüche, während die beiden anderen Klagen Zahlungsansprüche der Kläger betreffen bzw. betrafen, in denen jedoch auch Gegenansprüche der Gesellschaft geltend gemacht werden. Nach wie vor steht die Gesellschaft in zwei Rechtsstreitigkeiten mit ihrem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Dr. Sluma.

Verfahren mit Herrn Dr. Sluma

Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 13. Februar 2009 wurde die Bestellung von Herrn Dr. Sluma als Vorstand der Gesellschaft aus wichtigem Grund widerrufen und sein Vorstandsdienstvertrag aus wichtigem Grund außerordentlich gekündigt.

- a) Abberufungsklage des Herrn Dr. Sluma (LG Neuruppin, 6 O 26/09, OLG Brandenburg 6 U 114/10)

Im März 2009 hat Herr Dr. Sluma Klage auf Feststellung der Unwirksamkeit des Widerrufs der Bestellung zum Vorstand und der Kündigung seines Dienstvertrages erhoben. Das Verfahren war beim Landgericht Neuruppin unter dem Aktenzeichen 6 O 26/09 anhängig.

Im Laufe des Verfahrens mit mehreren mündlichen Verhandlungen hatte das Gericht in einem am 14. April 2010 verkündeten Beschluss darauf hingewiesen, dass es die Klagebegehren von Dr. Sluma für unbegründet hält. Mit Urteil vom 5. November 2010 hat das Gericht die Klage abgewiesen.

Dr. Sluma hat gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt. Das Verfahren wird nunmehr beim Brandenburgischen Oberlandesgericht unter dem Aktenzeichen 6 U 114/10 weitergeführt. Die erste mündliche Verhandlung ist vom Oberlandesgericht auf den 27. September 2011 terminiert worden.

- b) Vergütungsklage des Herrn Dr. Sluma (LG Neuruppin, 6 O 27/09, OLG Brandenburg 6 U 115/10)

Ebenfalls im März 2009 hat Herr Dr. Sluma Klage auf Zahlung der seit der außerordentlichen Kündigung seines Dienstvertrages rückständigen Vergütung erhoben. Das Verfahren war beim Landgericht Neuruppin unter dem Aktenzeichen 6 O 27/09 anhängig. Von Dr. Sluma wurden die angeblich rückständigen Vergütungen für die Monate Mitte Februar 2009 bis einschließlich Oktober 2009 in Höhe von zusammen ca. EUR 292.000,-- sowie der angeblich ihm für das Jahr 2008 zustehende Bonus von EUR 120.000,-- eingeklagt.

In diesem Verfahren hat es vier Termine zur mündlichen Verhandlung (16. Juni 2009, 5. August 2009, 10. Februar 2010 und 22. September 2010) gegeben. Dabei hatte das Gericht in einem am 14. April 2010 verkündeten Beschluss schon darauf hingewiesen, dass es die Kündigung des Dienstvertrages für wirksam hält, sodass Vergütungsansprüche für die Zeit ab Kündigung nicht bestehen, sondern allenfalls im Hinblick auf einen vor der Kündigung erworbenen Bonus, sofern diese nicht durch zur Aufrechnung gestellte Schadensersatzansprüche erloschen sind. Am 5. November 2010 wurde die Klage auf laufende Vergütung seit Kündigung des Dienstvertrages durch ein sogenanntes Teilurteil abgewiesen. Die Entscheidung über den Bonus-Anspruch für 2008 nebst Aufrechnung von Schadensersatzansprüchen bleibt einem Schlussurteil vorbehalten.

Dr. Sluma hat gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt. Das Verfahren wird nunmehr beim Brandenburgischen Oberlandesgericht unter dem Aktenzeichen 6 U 115/10 weitergeführt. Die erste mündliche Verhandlung ist vom Oberlandesgericht auf den 27. September 2011 terminiert worden.

8.6.3 Organisationsrisiken

Das Unternehmen sieht keine Risiken aus Steuerungs- und Kontrollsystemen sowie Organisations- und Führungsrisiken.

8.6.4 Compliance Risiken

Bei Compliance Risiken handelt es sich um Risiken aus der möglichen Missachtung von unternehmensinternen Richtlinien bzw. dem Verstoß gegen gültige Gesetze und Vorschriften durch Führungskräfte oder Mitarbeiter des Unternehmens. Besonders kritische Bereiche sind der Einkauf und die Vertriebsorganisation. Betroffen sind zudem Mitarbeiter, die in Bereichen eingesetzt sind, in denen der Schutz geheimer Dokumente und Informationen eine wesentliche Rolle spielt. Mitarbeiter, die mit vertraulichen oder sogenannten Insiderinformationen betraut sind, verpflichten sich, die entsprechenden Vorschriften, etwa die des deutschen Anlegerschutzverbesserungsgesetzes, einzuhalten und mit den Informationen verantwortungsvoll umzugehen. Zur Risikominimierung und zur Sicherung der Compliance setzt das Unternehmen konzernweit gültige Verhaltensgrundsätze ein und bietet entsprechende Schulungen der Mitarbeiter in den relevanten Bereichen an. Grundsätzlich kann das Eintreten eines Compliance relevanten Sachverhalts nicht ausgeschlossen werden. Das Unternehmen stuft die Risiken als beherrschbar ein.

8.7 Gesamtaussage zur Risikosituation des Konzerns und der Gesellschaft

Unter Berücksichtigung möglicher Schadensausmaße und Eintrittswahrscheinlichkeiten sind derzeit keine Risiken erkennbar, die zu einer dauerhaften, wesentlichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der FP-Gruppe führen könnten. Insgesamt sind die

Risiken beherrschbar; der Fortbestand der Gesellschaft ist aus heutiger Sicht nicht gefährdet. Grundlegende Änderungen der Risikolage erwartet die Gesellschaft derzeit nicht. Organisatorisch hat das Unternehmen alle Voraussetzungen geschaffen, um frühzeitig über mögliche Risikosituationen informiert zu sein und schnell reagieren zu können. Eine Risikokonzentration wird nicht gesehen.

8.8 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Vorstand und Aufsichtsrat der FP-Gruppe legen größten Wert auf die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit, Richtigkeit und Verlässlichkeit der Finanzberichterstattung an die Rechnungslegungsadressaten des Unternehmens. Vor diesem Hintergrund ist das rechnungslegungsbezogene interne Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS) integraler Bestandteil eines umfassenden unternehmensweiten Kontroll- und Risikomanagementsystems.

Das Ziel des IKS für den Rechnungslegungsprozess ist es, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewähren, dass ein regelkonformer Abschluss erstellt wird. Das IKS der FP-Gruppe stützt sich dabei überwiegend auf ein funktionierendes internes Steuerungssystem auf Basis effizienter Prozesse sowie auf prozessintegrierte, organisatorische Sicherungsmaßnahmen, wie beispielsweise Zugriffsbeschränkungen im IT-Bereich oder Zahlungsrichtlinien. Prozessintegrierte Kontrollen vermindern die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Fehlern bzw. unterstützen das Aufdecken von aufgetretenen Fehlern.

Der Aufsichtsrat berät über das Risikomanagement und überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems, des Rechnungslegungsprozesses sowie der Abschlussprüfung und deren Unabhängigkeit.

Die wesentlichen Merkmale des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess können wie folgt beschrieben werden:

Die Francotyp-Postalia Holding AG stellt als Mutterunternehmen den Jahresabschluss der Gesellschaft sowie den Konzernabschluss der FP-Gruppe auf. Diesem Prozess vorgelagert ist die Finanzberichterstattung der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzern-Gesellschaften. Beide Prozesse werden durch ein stringentes, internes Kontrollsystem überwacht, welches sowohl die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung als auch die Einhaltung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen sichert. Die bereichsübergreifenden Schlüsselfunktionen werden zentral gesteuert, wobei die einzelnen Tochtergesellschaften über ein definiertes Maß an Selbständigkeit bei der Erstellung ihrer Abschlüsse verfügen.

Wesentliche Regelungen und Instrumentarien bei der Erstellung des Konzernabschlusses sind:

- Bilanzierungsrichtlinien auf Konzernebene
- Klar definierte Aufgabentrennung und Zuordnung von Verantwortlichkeiten zwischen den am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen
- Einbeziehung externer Sachverständiger – soweit erforderlich, wie zum Beispiel für die Bewertung von Pensionsverpflichtungen
- Verwendung geeigneter IT-Finanzsysteme und Anwendung von detaillierten Berechtigungskonzepten zur Sicherstellung aufgabengerechter Befugnisse und unter Beachtung von Funktionstrennungsprinzipien

- Systemseitig implementierte Kontrollen und weitere Prozesskontrollen der Rechnungslegung in den Gesellschaften, Konsolidierung im Rahmen des Konzernabschlusses sowie anderer relevanter Prozesse auf Konzern- und Gesellschaftsebene
- Berücksichtigung von im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken in den Jahresabschlüssen, soweit dies nach bestehenden Bilanzierungsregeln erforderlich ist

Für die Umsetzung dieser Regelungen und die Nutzung der Instrumentarien ist in den verschiedenen Länder-Konzerngesellschaften die jeweilige Leitung des Bereichs Finanzen verantwortlich. Jahres- und Konzernabschluss liegen in der Verantwortung des für Finanzen zuständigen Mitglieds des Vorstands der Francotyp-Postalia Holding AG. Er wird dabei unterstützt durch den Bereichsleiter Finanzen, Controlling und Rechnungswesen sowie den Abteilungsleiter Finanzen und Rechnungswesen.

Durch die Beschäftigung von Fachpersonal, gezielte und regelmäßige Fort- und Weiterbildung sowie Beachtung des Vier-Augenprinzips gewährleistet die FP-Gruppe die strikte Einhaltung der lokalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften im Jahres- und Konzernabschluss.

Alle wesentlichen Jahresabschlüsse von Konzerngesellschaften, die Eingang in die Konzernkonsolidierung finden, unterliegen einer Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer.

Durch die Pflicht aller Tochtergesellschaften, monatlich ihre Geschäftszahlen in einem standardisierten Reportingformat an die Konzernholding zu berichten, werden unterjährige Soll-Ist-Abweichungen zeitnah erkannt, um entsprechend kurzfristig reagieren zu können.

9. Strategie / Ausblick

9.1 Gesamtwirtschaft

Das Wachstum der Weltwirtschaft hält an. Laut dem internationalen Währungsfonds (IWF) soll die Weltwirtschaft im Jahr 2011 um 3,5 % wachsen. Für 2012 sagt der IWF eine Wachstumsrate von 3,6 % voraus.

Für Deutschland rechnet der Währungsfonds im laufenden Geschäftsjahr mit einem Wachstum von 2,2 % und für 2012 mit einem Plus von 2,0 %. Die Wirtschaft in der Euro-Zone soll dem IWF zufolge im laufenden Jahr lediglich um 1,5 % zulegen. 2012 soll sich das Wachstum dann auf 1,7 % belaufen. In den USA, dem wichtigsten Auslandsmarkt der FP-Gruppe, wird mit Wachstumsraten von 3,0 % bzw. 2,7 % in den Jahren 2011 bzw. 2012 gerechnet.

In den Industriestaaten befinden sich damit alle wichtigen Märkte der FP-Gruppe zu Jahresbeginn weiterhin in einer Aufwärtsbewegung, die eine höhere Investitionsneigung der Unternehmen erwarten lässt.

Wesentlich dynamischer sollen sich 2011 und 2012 die Schwellenländer entwickeln. Deren Wachstum wird für beide Jahre vom IWF jeweils auf 6,5 % veranschlagt. Für Indien erwarten Konjunktexperten einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts für 2011 und 2012 um 8,4 % und 8,0 %. Für China werden sogar Wachstumsraten von 9,6 % und 9,5 % vorhergesagt.

Damit wächst die volkswirtschaftliche Bedeutung der Schwellenländer insbesondere in Asien weiter. Mit ihrem frühzeitigen Einstieg in den asiatischen Markt hat die FP-Gruppe die Voraussetzungen geschaffen, um mittelfristig an dieser Dynamik zu partizipieren.

9.2 Künftige Branchensituation

Das konjunkturelle Umfeld sowie die Regulierung bestimmen die zukünftige Branchenentwicklung. Die dritte EU-Postrichtlinie schreibt der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten die vollständige Marktöffnung für das Jahr 2011 vor. Neun neue Mitgliedstaaten sowie Griechenland und Luxemburg haben die Möglichkeit, die Marktöffnung bis 2013 zu verschieben. In der EU soll die Liberalisierung dann vollendet sein. Und auch weltweit wird sich in den kommenden Jahren die zunehmende Öffnung der Postmärkte fortsetzen.

Der deutsche Markt ist zwar bereits seit Anfang 2008 vollständig liberalisiert, aber es sind noch Hürden zu überwinden. Im vergangenen Jahr verbesserte die Abschaffung der Umsatzsteuer-Befreiung für Leistungen der Deutschen Post sowie eine Neuregelung des Postmindestlohnes die Rahmenbedingungen für alternative Anbieter. Eine Chance für den Wettbewerb ergibt sich im laufenden Jahr aus der Ausschreibung der Briefdienstleistungen der deutschen Bundesbehörden. Nach Angaben der Bundesnetzagentur kann dies dem Wettbewerb im deutschen Postmarkt einen positiven Impuls geben.

Die Konjunktorentwicklung beeinflusst den Markt in zweierlei Hinsicht: Eine bessere wirtschaftliche Lage der Unternehmen verstärkt die Investitionsneigung, was sich mittelfristig auch positiv auf das Frankier- und Kuvertiermaschinengeschäft niederschlagen könnte. Zugleich ist der Kostendruck in den Unternehmen weiter hoch. Damit sollte auch die Bereitschaft der Geschäftskunden steigen, bei der Briefkommunikation auf kostensparende Lösungen umzustellen und auf diesem Gebiet mit professionellen Dienstleistern wie der FP-Gruppe zusammenzuarbeiten.

Ingesamt rechnet das Unternehmen damit, dass sich der Markt für Briefkommunikation in den kommenden beiden Jahren weiter verändern wird. Nach Angaben der Bundesnetzagentur besitzen neue Angebote wie De-Mail das Potenzial, mittelfristig eine neue Wachstums- und Wettbewerbsdynamik in den Postmarkt zu bringen sowie alte Strukturen aufzureißen. Mit der Einführung elektronischer Lösungen hat die FP-Gruppe gute Voraussetzungen geschaffen, um ihre Kompetenz in der physischen und elektronischen Kommunikation voll ausschöpfen zu können.

9.3 Strategie für die FP-Gruppe

Als weltweit tätiger Dienstleister und Experte für die Briefkommunikation verfolgt die FP-Gruppe eine Wachstumsstrategie mit vier Schwerpunkten:

1. Ausbau des Frankier- und Kuvertiermaschinengeschäfts in traditionellen Märkten
2. Einstieg in neue, wachstumsstarke Märkte in den Schwellenländern
3. Ausbau des Postdienstleistungsgeschäfts in Deutschland
4. Neue Wachstumschancen durch Wechsel zu Softwarelösungen

Bei ihrer strategischen Ausrichtung antizipiert die FP-Gruppe Veränderungen in den Märkten. Durch die Industrialisierung und Globalisierung sowie technologische Innovationen und Regulierungsänderungen ergeben sich vielfältige Potenziale für das Unternehmen.

Die Globalisierung führt zu einer zunehmenden Vernetzung von Unternehmen über Ländergrenzen hinweg, was neue Möglichkeiten für Dienstleister in der Briefkommunikation eröffnet. Neue Märkte und große Wachstumspotenziale entstehen zugleich durch die Industrialisierung der Schwellenländer. Die internationale Postorganisation UPU stellte Ende 2010 fest, dass in zahlreichen Schwellenländern das Briefvolumen steigt.

Ein kurzer Vergleich macht es augenfällig: In den USA werden im Jahr mehr als 600 Briefe je Einwohner verschickt, dagegen entfallen auf einen indischen Bürger zurzeit nicht einmal 10 Briefe pro Jahr. Das zu erwartende höhere Briefaufkommen in Ländern wie Indien wird zugleich die Anforderungen an eine professionelle Briefverarbeitung erhöhen. Unternehmen in Schwellen- und Industrieländern werden hierbei auf eine sich stetig weiterentwickelnde Technologie zurückgreifen, die höchsten Sicherheitsansprüchen genügt. Dank innovativer Technologien zeichnet sich weltweit ein Trend hin zur parallelen Nutzung unterschiedlicher Methoden der Postverarbeitung ab. Neben dem traditionellen Briefversand treten Softwarelösungen und die elektronische Briefkommunikation in den Vordergrund.

In Deutschland wird 2011 die De-Mail eingeführt, ein Kommunikationsmittel, das den verbindlichen und vertraulichen Austausch elektronischer Dokumente über das Internet ermöglicht. Die FP-Gruppe hat Anfang 2011 mehrheitlich Mentana-Claimsoft übernommen, ein Mitglied des De-Mail Projektes.

Der deutsche Markt ist bereits seit Anfang 2008 vollständig liberalisiert und das Gros der EU-Staaten wird 2011 und 2013 folgen. Die FP-Gruppe wird mittel- und langfristig von der zunehmenden Liberalisierung der Postmärkte profitieren.

9.4 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf

Das Ergebnis der FP Holding AG wird in starkem Maße von dem Geschäftsverlauf der operativ tätigen Tochtergesellschaften abhängig sein. Für das Geschäftsjahr 2011 prognostiziert das Unternehmen einen Umsatz auf Vorjahresniveau sowie ein Ergebnis vor Steuern zwischen 7 und 9 Mio. Euro.

Für 2012 wird ein vergleichbares Niveau wie für 2011 erwartet.

10. Nachtragsbericht

Im Januar 2011 hat der Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG den bestehenden Vertrag mit Vertriebsvorstand Andreas Drechsler bis zum 22. Februar 2015 verlängert. Drechsler leitet seit Februar 2009 in der Funktion des Vertriebsvorstands das weltweite operative Geschäft. Zusammen mit seinem Kollegen Hans Szymanski treibt er die strategische Weiterentwicklung des traditionsreichen Frankiermaschinenherstellers zu einem Komplett-dienstleister für die Briefkommunikation voran.

Entgegen den Erwartungen des Unternehmens konnten die im Jahr 2010 begonnen Verhandlungen der Francotyp-Postalia GmbH und der Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH mit dem Betriebsrat über den Erhalt des Produktionsstandortes Birkenwerder nicht erfolgreich in 2011 beendet werden. Nach mehr als 20 Terminen mit den Arbeitnehmervertretern ist es zu keiner Einigung gekommen. Nachdem der Betriebsrat auf keine der von Unternehmensseite vorgeschlagenen Maßnahmen eingegangen ist und auch das Angebot einer Beschäftigungsgarantie für 320 Mitarbeiter abgelehnt hat, haben die Unternehmensver-

treter am 5. Januar 2011 die Entscheidung getroffen, die unterbreiteten Angebote zurückzuziehen und die Verhandlungen ergebnislos zu beenden.

Am 18. Februar 2011 gab die FP-Gruppe bekannt, dass sie 2011 eine neue Produktionslinie im brandenburgischen Wittenberge für die Produktion des neuen Frankiersystems Phoenix aufbauen wird. Das Unternehmen hatte 2010 zahlreiche Gespräche über den erforderlichen Neuaufbau einer Produktion in Birkenwerder geführt. Nach dem erfolglosen Ende der Verhandlungen standen verschiedene neue Produktionsstandorte zur Auswahl. Am 10. März erfolgte der Erwerb einer Produktionshalle in Wittenberge.

Die Schließung der Produktion in Birkenwerder ist bis spätestens zum Ende des ersten Quartals 2012 geplant. Die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen ist ausschließlich für den Produktionsbereich vorgesehen, der Hauptsitz des Unternehmens wird weiterhin in Birkenwerder bleiben. Im Zuge der kompletten Verlagerung der Produktion von Birkenwerder nach Wittenberge werden gegenüber den bereits per 31. Dezember 2010 gebildeten Rückstellungen für Restrukturierungen in Höhe von 1,3 Mio. Euro nach aktueller Einschätzung zusätzlich rund 0,7 Mio. Euro für Sozialplanvolumina anfallen. Daneben werden Rückstellungen für den voraussichtlichen Leerstand der Produktionshalle in Birkenwerder vom Zeitpunkt der erfolgten Verlagerung bis zum Ende der Mietvertragslaufzeit zu bilden sein.

Da die in Angriff genommenen Umstrukturierungsmaßnahmen in der FP GmbH und der Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH durchgeführt werden, werden diese auf Grund der bestehenden Ergebnisabführungsverträge auch indirekt das Ergebnis der FP Holding AG beeinflussen.

Konzernfinanzierung

Die FP-Gruppe gab am 21. Februar 2011 bekannt, dass sie die Konzernfinanzierung frühzeitig für weitere 3 bis 5 Jahre abschließen konnte. Mit einem Bankenkonsortium unter Führung der Commerzbank wurden die Finanzierungsverträge unterzeichnet. Damit wird die ursprünglich bis Ende November 2011 laufende Finanzierung in Höhe von derzeit noch 38,9 Mio. Euro und 6,9 Mio. US-Dollar vorzeitig abgelöst und durch eine Sondertilgung um 5 Mio. Euro reduziert.

Das Gesamtvolumen des neuen Konsortialkredits teilt sich in 30,1 Mio. Euro und 12,0 Mio. US-Dollar. Der Kredit enthält im Verhältnis zum bisherigen Kreditengagement teilweise verbesserte Konditionen, die auch die Erfordernisse der operativen Gesellschaften berücksichtigen, und ein erhöhtes Maß an Flexibilität gewährleisten.

Im Rahmen dieser Finanzierung löst die Francotyp-Postalia Holding AG die Gesellschaften Francotyp-Postalia GmbH und Francotyp-Postalia Inc., USA, als Kreditnehmer ab.

Mehrheitliche Übernahme

Am 3. März 2011 hat die FP Holding AG 51 % der Aktien an der Mentana-Claimsoft AG erworben und einen entsprechenden Kaufvertrag mit zwei Großaktionären der nicht börsennotierten Gesellschaft unterzeichnet. Der Erwerb dient dem Einstieg in die vollelektronische Briefkommunikation. Die Mentana-Claimsoft-Gruppe ist spezialisiert auf elektronische Signaturen und bietet ein umfassendes Produktsortiment zur Absicherung elektronischer Dokumente und zur rechtssicheren Kommunikation an. Sie ist Mitglied des Projektes De-Mail, einem Kommunikationsmittel, das den verbindlichen und vertraulichen Austausch elektronischer Dokumente per Online-Brief über das Internet ermöglichen soll.

Der Kaufpreis für die Aktien setzt sich aus einem festen und einem erst 2015 zu zahlenden ergebnisabhängigen Teil zusammen und bewegt sich nach derzeitiger Einschätzung insgesamt in einer Größenordnung von rund 1 bis 2 Mio. Euro.

11. Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance Bericht (§ 289a HGB)

Vorstand und Aufsichtsrat berichten jährlich über die Corporate Governance des Unternehmens. Dieser ist ebenso wie die Entsprechenserklärung Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung der Gesellschaft gemäß § 289a HGB.

Mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex sollen die in Deutschland geltenden Regeln für Unternehmensleitung und -überwachung für nationale wie internationale Investoren transparent gemacht werden. In seinen Bestimmungen und Regeln geht der Kodex auf die Bereiche Aktionärsinteressen, Vorstand und Aufsichtsrat, Durchsichtigkeit der Unternehmensführung und die Aufgaben des Abschlussprüfers ein. Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG sehen sich den Interessen der Aktionäre und damit den Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex („Kodex“) verpflichtet. Ebenso sorgen Vorstand und Aufsichtsrat im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung. Über mögliche Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex berichten Vorstand und Aufsichtsrat sowohl in der Entsprechenserklärung wie auch in den folgenden ausführlichen Erläuterungen bezogen auf den Kodex in seiner Fassung vom 26. Mai 2010.

Entsprechenserklärung 2011 zum Corporate Governance Kodex

Gemäß § 161 Aktiengesetz erklären Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG mit der Entsprechenserklärung, welchen Empfehlungen des vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gegebenen „Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden.

- 2.3.1 Da die Gesellschaft bei ihrer nächsten Hauptversammlung keine Briefwahl durchführen wird, wird sie die entsprechenden Formulare nicht auf ihrer Internetseite veröffentlichen.
- 2.3.3 Die Gesellschaft wird bei ihrer nächsten Hauptversammlung von einer Briefwahl absehen. Die Satzung der Francotyp-Postalia Holding AG sieht bislang nicht die Möglichkeit einer Briefwahl vor. Zudem ist sie bislang nicht ausreichend erprobt und mit Rechtsunsicherheiten behaftet.
- 5.2 Solange der Aufsichtsrat nur aus drei Personen besteht, werden keine Ausschüsse gebildet, in denen der Aufsichtsratsvorsitzende oder ein anderes Mitglied des Aufsichtsrats einen weiteren Vorsitz innehaben könnte, da die Besetzung der Gremien gleich der Besetzung des Aufsichtsrats wäre.
- 5.3.1 Aus dem gleichen Grund werden keine fachlich qualifizierten Ausschüsse gebildet.

- 5.3.2 Solange der Aufsichtsrat lediglich aus drei Personen besteht, nimmt der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit die Aufgaben eines Prüfungsausschusses (Audit Committee) wahr.
- 5.3.3 Für die Bildung eines Nominierungsausschusses gelten die gleichen Bedingungen wie für die übrigen Ausschüsse.
- 5.4.6 Eine erfolgsorientierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ist satzungsgemäß nicht vorgesehen. Die Diskussion über mögliche Anpassungen ist vorgesehen.
- 7.1.2 Der Konzernabschluss wird aufgrund des umfangreichen Konsolidierungsaufwandes innerhalb von 4 Monaten nach Geschäftsjahresende erstellt. Die Quartalsberichte und der Halbjahresbericht werden ebenfalls aufgrund des hohen Konsolidierungsaufwandes entsprechend der Börsenordnung und des Transparenzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht.

Grundsätzliche Informationen über den Aufbau der Unternehmensführung und die zu Grunde liegenden Regeln

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat ihren Sitz in Birkenwerder und untersteht damit als deutsche Gesellschaft dem deutschen Aktienrecht. Für deutsche Aktiengesellschaften ist ein duales Führungssystem zusammengesetzt aus Vorstand und Aufsichtsrat gesetzlich vorgeschrieben. Satzungsgemäß besteht der Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG aus drei von der Hauptversammlung zu wählenden Mitgliedern. Aus der Mitte des Aufsichtsrats werden der Vorsitzende und ein stellvertretender Vorsitzender gewählt. In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats, die sich das Gremium selbst gegeben hat, wird dessen Arbeitsweise geregelt.

Satzungsgemäß finden kalenderjährlich vier Sitzungen des Aufsichtsrats der Francotyp-Postalia Holding AG statt, wobei zwei Sitzungen kalenderhalbjährlich stattzufinden haben. Außerordentliche Sitzungen werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden nach Bedarf und pflichtgemäßen Ermessen einberufen.

Der Aufsichtsrat kann entsprechend der Satzung eine oder mehrere Personen zum Vorstand der Gesellschaft berufen. Zurzeit setzt sich der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG aus zwei Vorständen zusammen. Der Vorstand leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Aktionäre, seiner Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen. Gemäß der vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung führt der Vorstand die Geschäfte der Gesellschaft nach einheitlichen Plänen und Richtlinien, dabei trägt der Vorstand gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung der Gesellschaft. Im Rahmen der Gesamtverantwortung für die Geschäftsführung haben die beiden Vorstände in ihrem jeweils zugewiesenen Aufgabenbereich kollegial und vertrauensvoll zum Wohle des Unternehmens zusammenzuarbeiten.

Der Vorstand entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens und stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab. Neben der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien auch in den Konzernunternehmen sorgt der Vorstand ebenso für ein angemessenes Risikomanagement und -controlling im Unternehmen. Näheres beschreibt der Risikobericht im Konzernlagebericht. Sitzungen des Vorstands finden in regelmäßigen Abständen, nach Möglichkeit zweiwöchentlich statt.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Wegen der Größe des Unternehmens und der durch die Satzung bestimmten Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wird in der Regel auf die Bildung von Ausschüssen oder Gremien verzichtet. Aus diesem Grund beschließt und überprüft der Aufsichtsrat als Ganzes Fragen zum Thema des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente. Ebenso nimmt der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit die Aufgabe eines Prüfungsausschusses (Audit Committee) wahr. Damit übernimmt der Vorsitzende des Aufsichtsrats zugleich die Aufgaben des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Ein Mitglied des Aufsichtsrats verfügt über die geforderten besonderen Kenntnisse im Bereich der Rechnungslegung.

Die Unternehmensführungspraktiken entsprechen den gesetzlichen Anforderungen und sind aus diesem Grunde nicht öffentlich zugänglich zu machen.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes ist das gemeinsame Ziel der engen Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat. In regelmäßigen Abständen erörtern Vorstand und Aufsichtsrat den Stand der abgestimmten strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Rechnungslegung und der Compliance informiert der Vorstand den Aufsichtsrat ebenfalls regelmäßig. Der Vorstand berichtet über eventuelle Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen und begründet diese. Die Art und Weise, wie der Vorstand informieren und berichten muss, hat der Aufsichtsrat in der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegt. Für Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern und über Geschäfte von wesentlicher Bedeutung, sind in der Geschäftsordnung des Vorstands Zustimmungsvorbehalte zu Gunsten des Aufsichtsrats bestimmt.

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat gemäß den Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance-Kodex für die Mitglieder des Aufsichtsrats wie auch des Vorstands eine D&O-Versicherung abgeschlossen, die einen Selbstbehalt von 10 % des Schadens enthält.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Francotyp-Postalia Holding AG entspricht den Empfehlungen des Kodex, die Vergütungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat individualisiert offen zu legen. Die Grundzüge der

Vergütungssysteme und die Vergütung sind im Vergütungsbericht, der Teil des Konzernlageberichts ist, dargestellt.

Interessenskonflikte

Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen und im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder persönliche Interessen verfolgen noch anderen Personen Vorteile gewähren oder Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Jedes Vorstandsmitglied legt Interessenskonflikte dem Aufsichtsrat offen und informiert die übrigen Mitglieder des Vorstands. Ebenso legt jedes Aufsichtsratsmitglied Interessenskonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber offen. Über aufgetretene Interessenskonflikte und deren Behandlung informiert der Aufsichtsrat in seinem Bericht an die Hauptversammlung.

Diversity

Der Aufsichtsrat hat im Hinblick auf seine künftige Zusammensetzung die vom Corporate Governance-Kodex empfohlene Zusammensetzung des Aufsichtsrats aus männlichen und weiblichen Mitgliedern zu bedenken. Gegenwärtig befindet sich noch keine Frau im Aufsichtsrat der Gesellschaft. Bei insgesamt drei Aufsichtsratsmitgliedern wird ein weiblicher Aufsichtsrat als angemessen angesehen. Bei der für die Hauptversammlung 2011 vorgesehenen Wahl des Aufsichtsrats wird vorerst keine Kandidatin zur Wahl gestellt. Dies geschieht im Interesse der Francotyp-Postalia Holding AG, die sich momentan in einer Restrukturierungsphase befindet. Es erscheint deswegen notwendig, zunächst die Kontinuität in der Arbeit des Aufsichtsgremiums zu bewahren. Das Thema Diversity wird der Aufsichtsrat bei der Suche nach fachlich geeigneten Kandidaten für neu zu besetzende Vorstandspositionen berücksichtigen.

Weiterhin soll mindestens ein Aufsichtsratsmitglied das Kriterium der Internationalität erfüllen. Bereits heute verfügt ein Mitglied über die geforderten Eigenschaften.

Aktionäre und Hauptversammlung

Der Vorstand beruft mindestens einmal im Jahr die Hauptversammlung ein. Die Aktionäre nehmen auf der Hauptversammlung den festgestellten Konzern- bzw. Jahresabschluss und die entsprechenden Lageberichte entgegen, beschließen über die Verwendung des Bilanzgewinns und in diesem Zusammenhang auch über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands. Ebenfalls wählen die Teilnehmer der ordentlichen Hauptversammlung in jedem Geschäftsjahr neu den Abschlussprüfer.

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre der Francotyp-Postalia Holding AG ihre Mitverwaltungs- und Kontrollrechte wahr. Sie haben die Möglichkeit, ihre Stimmrechte selbst auszuüben oder es durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl – auch durch eine Vereinigung von Aktionären – ausüben zu lassen. Zudem wird den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte erleichtert, indem die Gesellschaft einen Stimmrechtsvertreter zu Verfügung stellt, der auch während der Hauptversammlung zu erreichen ist.

Die Gesellschaft veröffentlicht die für die Hauptversammlung verlangten Unterlagen zusammen mit der Tagesordnung für die Aktionäre leicht zugänglich auf der Internetseite. Darüber hinaus wird allen in- und ausländischen Finanzdienstleistern, Aktionären und Aktionärsvereinigungen angeboten, die Einberufung der Hauptversammlung mitsamt den Einberufungsunterlagen auf elektronischem Wege zu übermitteln, sofern der Francotyp-Postalia die Zustimmung dazu vorliegt. Selbstverständlich liegt es im Interesse der Gesellschaft und auch im Interesse der Aktionäre, die Hauptversammlung zügig abzuwickeln. Satzungsgemäß steht dem Versammlungsleiter entsprechend die Möglichkeit zur Verfügung, das Frage- und Rede-recht der Aktionäre zeitlich angemessen zu beschränken. Bedingt durch einen hohen organisatorischen Aufwand ist eine komplette Internet-Übertragung der Hauptversammlung weiterhin nicht vorgesehen.

Transparenz

Corporate Governance bedeutet für die Francotyp-Postalia Holding AG eine verantwortungsbewusste und transparente Führung und Kontrolle des Unternehmens. Dazu gehört insbesondere die Gleichbehandlung der Aktionäre bei der Weitergabe von Informationen. Allen Aktionären, Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten werden sämtliche neue Tatsachen unverzüglich zur Verfügung gestellt. Dies beinhaltet die Verbreitung der Informationen in Deutsch und in Englisch sowohl auf der Internetseite der Francotyp-Postalia Holding AG als auch die Nutzung von Systemen, die eine gleichzeitige Veröffentlichung von Informationen im In- und Ausland gewährleisten. Wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen und Termine werden im Finanzkalender mit ausreichendem Zeitvorlauf publiziert.

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben informiert die Francotyp-Postalia Holding AG auf ihrer Internetseite, wenn Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie ihnen nahe stehende Personen FP-Aktien oder sich darauf beziehende Derivate erworben oder veräußert haben. Laut § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes sind diese Personen verpflichtet, Transaktionen offenzulegen, wenn der Wert im Kalenderjahr 5.000 Euro erreicht oder überschreitet.

Rechnungslegung

Anteilseigner und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss und – während des Geschäftsjahres – zusätzlich durch die Quartalsberichte und den Halbjahresbericht informiert. Abweichend von der Empfehlung des Kodex wird der Konzernabschluss der Francotyp-Postalia aufgrund des umfangreichen Konsolidierungsaufwandes innerhalb von 4 Monaten nach Geschäftsjahresende erstellt. Die Quartalsberichte und der Halbjahresbericht werden ebenfalls aufgrund des hohen Konsolidierungsaufwandes entsprechend der Börsenordnung und des Transparenzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht.

Der Konzernabschluss und die Zwischenberichte werden nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Der gesetzlich vorgeschriebene und für die Besteue-

zung und Dividendenauszahlung maßgebliche Einzelabschluss wird nach den Vorschriften des HGB erstellt.

Eine Aufstellung der Beziehung zu Aktionären, die im Sinne des IAS 24 als nahe stehende Personen zu qualifizieren sind, veröffentlicht die Gesellschaft innerhalb ihres Konzernabschlusses.

Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat dem Beschluss der Hauptversammlung 2010 folgend die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, mit der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2010 beauftragt. Mit dem Abschlussprüfer wurde gemäß den Empfehlungen des Kodex vereinbart, dass er den Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich über Ausschluss- und Befangenheitsgründe unterrichtet, die während der Prüfung auftreten, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden. Zudem berichtet der Abschlussprüfer sofort über alle für die Aufgabe des Aufsichtsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Falls der Abschlussprüfer Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der vom Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Compliance zum Kodex nach § 161 AktG ergeben, wird er den Aufsichtsrat informieren bzw. dies im Prüfungsbericht vermerken.

Birkenwerder, den 7. April 2011

Hans Szymanski
Vorstandssprecher

Andreas Drechsler
Vorstand

Versicherung der gesetzlichen Vertreter (Bilanzzeit)

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben wird.

Birkenwerder, 7. April 2011
Francotyp-Postalia Holding AG

Hans Syzmanski
Vorstandssprecher

Andreas Drechsler
Vorstand

Bestätigungsvermerk

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlung werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Francotyp-Postalia Holding AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, 7. April 2011

KPMG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Großmann
Wirtschaftsprüfer

Sternberg
Wirtschaftsprüfer